

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 152.

Montag, den 3. Juli 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Massen heraus!

In Preußen werden in den nächsten Tagen überall Versammlungen abgehalten werden, in denen das Volk sein Urteil über die neueste scheußliche Wahlrechtskomödie des Dreiklassenhaufes abgeben wird. Allerorten wird sich empörter Widerspruch erheben gegen das Treiben jener nichtswürdigen Gesellschaft, die sich als kompakte Parlamentsmehrheit anmaßt, dem preussischen Staat im Namen des Volkes Gesetze zu geben.

Das Volk hat nichts zu tun und will nichts zu tun haben mit diesen Leuten, die sich durch ihre wüste Vergewaltigungssucht, gepaart mit platter Unfähigkeit, längst bei allen reblich und vernünftig denkenden Menschen um den letzten Rest von politischer Achtung gebracht hatten. Kein anderes Verhältnis ist zwischen dem Volk und diesen Volksvertretern möglich als Kampf um Sein oder Nichtsein, Kampf bis zum Äußersten!

Die Versammlungen der nächsten Tage sind ein Glied in der Kette von Kämpfen, die die preussischen Arbeiter seit Jahren für ihr Recht führen; so wenig diese neueste Aktion der Wahlrechtsbewegung die erste in ihrer Art ist, so wenig wird sie auch die letzte sein. Sie wird ihren Zweck reichlich erfüllt haben, wenn sie einen neuen Anknüpfungspunkt bedeuten wird. Wie ein frischer Windstoß sollen sie in die Stille der mit Verwesungsdünsten geschwängerten preussischen Zustände hineinfahren, als Vorbote kommender Wahlrechtsreformen, die am Horizont heraufziehen. Mit ein paar Versammlungen von heute und morgen wird die Machfrage deutscher Klassenkämpfe, wird die preussische Wahlrechtsfrage nicht gelöst werden, aber diese Versammlungen können, müssen ein Vorzeichen dafür werden, daß das preussische Volk die Geschichte fass hat und daß es nicht mehr mit sich spaßen lassen will.

Es gibt Leute, die über den Wert von Versammlungsaktionen skeptisch denken und die gelegentlich in ihrer Zweifelsucht soweit gehen, daß sie, statt mit ihren übrigen Klassen- und Volksgenossen gemeinsam zu protestieren, lieber zu Hause bleiben. Aber diese Neunmalweisen sind den gefährlichsten Volksfeinden, den Sunkern, an Klugheit bedeutend unterlegen. Die Sunker wissen ganz genau, daß die sich immer wiederholenden Versammlungsfeldzüge der Sozialdemokratie gegen die Dreiklassenkomödie das Gebäude ihrer Herrschaft zum Wanken bringen. Warum wären denn die Sunker so fanatische Gegner der Versammlungsfreiheit. Warum hätte dann die Arbeiterschaft sich ihr staatsbürgerliches Recht, sich zu versammeln, der Verwaltung und Gesetzgebung erst stückweise abringen müssen, wenn Versammlungen, wie jene klugen Leute sagen, „keinen Zweck“ hätten. Gerade die Geschichte der preussischen Wahlrechtsbewegung, die zugleich die Geschichte des Kampfes um die preussische Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit ist, beweist aufs deutlichste, wie sehr die Sunker das Versammlungsrecht als eine Waffe in der Hand des preussischen Volkes fürchten. So mag denn das Volk, unbeirrt durch das Gerede bequemer Besserwisser, zeigen, daß es diese scharfe Waffe zu führen versteht.

Als der Kampf begann, glaubten die Dreiklassenherren hohnlachend auf ihre Macht pochen zu können, aber je länger er dauerte, desto ernster sind ihre Mienen geworden. Zum erstenmal seit zwei Menschenaltern ist die preussische Reaktion vielleicht in die Verteidigungsstellung gedrängt worden und mit jedem Tage wird ihre Lage verzwweifelter. Verlaufen die Versammlungen der nächsten Tage, wie man mit Bestimmtheit erwarten darf, imposant und glänzend, dann wird das für das Sunkertum einen fürchtbaren Schlag bedeuten.

Wer es unterließe das Seine zu tun, um diese Versammlungen so erfolgreich wie möglich zu gestalten, der würde sich damit zum Helfershelfer der infamsten Volksfeinde machen.

## Wer ist zuviel?

Sehr häufig wird heute von ärztlicher Seite die Behauptung aufgestellt, es werde „zu viel gegessen“. Daraus werden eine Menge von körperlichen und auch geistigen Übelständen und Krankheiten abgeleitet, so Fettleibigkeit, Magen- und Verdauungsbeschwerden, Nervosität, körperliche und geistige Trägheit usw. usw.

An sich hat es mit dieser Sache seine Richtigkeit, so weit sie sich auf die oberen Zehntausend bezieht. Nach alledem, was man gelegentlich aus dieser Gesellschaftsschicht vernimmt, hat die Schlemmerei und Völlerei dort vielfach einen Grad erreicht, der an die Zeiten des Verfalls im alten römischen Kaiserreich erinnert. Es wer-

den Tausende und aber Tausende oft für ein „Standesgemäßes“ Diner oder Souper ausgegeben. Unsere Prozen sind bestrebt, es darin den nordamerikanischen Milliardären, über deren Völlerei bei ihren Gastmählern geradezu fabelhafte Dinge berichtet werden, möglichst gleich zu tun. Wenn man da liest, was alles bei einer Mahlzeit hinabgeschlungen wird, so muß man sich nur wundern, daß die Bräuche, welche die entarteten Römer bei ihren Schwelgereien sich angewöhnt hätten, noch nicht wieder eingeführt worden sind. Die Zeitgenossen des römischen Kaisers Vitellius, des größten Schlemmers und Fressers der Weltgeschichte, erdachten ein Mittel, ihre Schwelgereien bis ins Unendliche zu verlängern. Wenn sie ihren Bauch so vollgestopft hatten, daß absolut nichts mehr hineinging, nahmen sie ein Brechmittel oder steckten den Finger in den Mund, um so den Magen zu entleeren und das tierische Fressen von neuem beginnen zu können. Vielleicht besinnen sich die Schlemmer unter unseren oberen Zehntausend darauf.

Aber während die oberen Zehntausend solchergestalt ihren körperlichen und geistigen Verfall fördern, wird von der Theorie, daß heute zu viel gegessen werde, ein Gebrauch gemacht, der durchaus als Heuchelei gebrandmarkt werden muß. Im schweizerischen Nationalrat hat nämlich unser alter Genosse Greulich die Erleichterung der Einfuhr argentinischen und australischen gestrorenen Fleisches beantragt und durchgeführt. Daß das in der Schweiz stark vertretene Agrarierum sich dagegen aufbäumte, war selbstverständlich, und unter den Einwänden, die es geltend machte, war auch der, daß heute überhaupt zuviel gegessen werde. Eine medizinische Strömung scheint dabei dem Agrarierum Beihilfe geleistet zu haben. Zu bedauern ist, daß auch die schweizerische Bundesregierung sich von dieser Strömung hat beeinflussen lassen; denn sie hat in ihrer Botschaft an den Nationalrat vom Zuvieleffen der Menschheit im allgemeinen gesprochen.

Dieser Satz ist sofort von verschiedenen Seiten bestritten worden; es kann aber gar nicht zu laut und zu häufig dagegen protestiert werden, daß das Agrarierum mit solchen Argumenten kommt, um die von ihm betriebene Preissteigerung bei Brot und Fleisch zu rechtfertigen. Wenn man sieht, mit welchen Gründen unsere Agrarier die Fleisch- und Vieheinfuhr nach Deutschland bekämpfen, so muß man mit Sicherheit erwarten, daß bei dem im neuen Reichstage bevorstehenden Kampf um die Handelsverträge das Argument vom Zuvieleffen im allgemeinen nachdrücklich in die Waagschale geworfen wird. Es ist gut, angesichts der Vorgänge in der Schweiz heute schon dagegen Stellung zu nehmen.

Die Pracht, Lippigkeit und Schwelgerei, die heute bei den oberen Zehntausend herrschen, kann nur durch eine ungeheure Ausbeutung der Arbeitskräfte der Massen ermöglicht werden. So bietet denn die Gesellschaft naturgemäß den Anblick, daß zu den unübersehbaren Reichtümern, die durch eine mächtige Steigerung der Produktionsfähigkeit in die Hände der Besitzer der Produktionsmittel gelangt sind, eine Massenarmut die Reihseite der Medaille bildet. Wo die organisierten Arbeiter eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erreichten, ist diese durch die Lebensmittelteuerung mehr als aufgehoben worden, wie die Gewerkschaften bekanntlich festgestellt haben. Tatsächlich herrscht in Deutschland bei den Massen eine Unterernährung vor, die auch von wissenschaftlicher Seite, soweit man sich dort von Redensarten nicht beeinflussen läßt und noch den Mut seiner Meinung hat, oft genug festgestellt worden ist. Soweit Verkürzungen der Arbeitszeit erreicht worden sind, soll dies gewiß nicht unterschätzt werden. Aber man darf auch nicht vergessen, daß die Industrie in ihrer modernsten Entwicklung ihre Ansprüche an die Arbeitskräfte gesteigert und ihren Betrieb immer intensiver gestaltet hat. Das kommt, wie Nordamerika zeigt, ganz von selbst, je mehr der Betrieb ins Große geht. In harter Arbeit werden Hirn und Muskel rasch verbraucht. Um dies vollwertig zu ersetzen, ist eine kräftige und reichliche Nahrung erforderlich. Aber wenn eine solche für die ganze Masse unseres Volkes erschwinglich wäre, so würden unter unseren Volksnahrungsmitteln Kartoffeln und Zichorienrübe nicht die Rolle spielen, die ihnen heute tatsächlich zukommt. Man erinnere sich daran, daß vor einiger Zeit berichtet wurde, wie in gewissen Strichen die Heimarbeiter so wenig abwerfe, daß die Arbeiter zugleich Armenunterstützung bezögen. Unseres Wissens ist dies unwidersprochen geblieben. Von einem „Zuvieleffen im allgemeinen“ kann also in Deutschland nicht gesprochen werden.

Es war freilich zu allen Zeiten so; es gab immer große Volkssteile mit Unterernährung. Als 1525 nach dem Bauernkrieg ein junger Bauernknecht im Würzburgischen hingerichtet wurde, bedauerte er, schon sterben zu müssen, da er in seinem Leben sich noch nicht einmal an Brot satt

geessen habe. Dieser Spruch, der so zufällig der Nachwelt erhalten wurde, bedeutet mehr als manche hochgelehrte und wissenschaftliche Unteruchung. Aber die herrschenden Klassen wollten dies nicht verstehen, wie sich auch in unseren Tagen zeigte, als Babel im Reichstage die Klage eines hungernden Kindes anführte und ein märkischer Sunker dazwischenrief: der Vater werde wohl alles vertrunken haben!

Wir haben ein echtes agrarisches Kunststück vor uns. Das „Zuvieleffen“ der oberen Zehntausend wird einfach verallgemeinert und benutzt, wie das schweizerische Beispiel zeigt, um der „notleidenden Landwirtschaft“ Vorteile zu verschaffen, durch welche den Armen das Sattessen erschwert wird.

Aber wie in der Schweiz dies Kunststück nicht gezogen hat, so wird es auch in Deutschland nicht ziehen. Die „Zuvieleffer“ sind nicht im Proletariat, nicht in der Volksmasse zu suchen. Das verspürt der Deutsche, der von der Hand in den Mund leben muß, leider mehr als genügend an seinem eigenen Leibe. Er wird es als einen bitteren Hohn empfinden, wenn man ihn zu den „Zuvieleffern“ rechnen will. Dabei sei noch erwähnt, daß man es den reichen Zuvieleffern meist gar nicht ansieht, da die dürrsten Kerle oft die größten Fresser sind und sich gerade die Reichsten die beste sportliche Bewegung leisten können.

Die Buntepolitik merken wohl, wie stark die agrarische Strömung im Volke durch die Lebensmittelteuerung geworden ist. Diese Strömung läßt sich nicht mehr zurückdämmen, wenn nicht alle Zeitgenossen trügen, verhindern, daß eine agrarische Mehrheit in den Reichstag kommt; sie wird mit den nächsten Wahlen der Buntepolitik ein Ende machen. Wir begreifen, daß es den Sunkern und Sunkerengen schrecklich erscheint, wenn der Goldregen von jährlich etwa einer Milliarde, der sich aus dem Zoltarif und dessen Anhängeln für sie ergibt, aufhören soll. Was die Sozialdemokratie dazu tun kann, daß er aufhört, dieser aus der Volksnot entspringende Goldregen, daran wird's gewiß nicht fehlen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Eine Reichstagswahl.

Außer in Düsseldorf wird wahrscheinlich auch in Köln-Land in diesem Jahre noch eine Reichstagswahl stattzufinden haben. Nach einer Meldung der klerikalen „Schlesischen Volkszeitung“ wird der Zentrumsabgeordnete Postsekretär Hamacher in Berlin vom 1. August ab als Oberpostsekretär nach Göttersloh versetzt. Auf Grund des Artikels 21 der Reichsverfassung erlischt mit der Beförderung im Staatsdienst das Mandat. — Hamacher ist 1907 in Köln-Land mit 27910 gegen 17310 sozialdemokratische und 7830 liberale Stimmen gewählt worden. Das Zentrum hat diesen Wahlkreis seit 1871 immer im ersten Wahlgang geholt.

### Das „sozialdemokratische“ Automobil.

In der bürgerlichen Presse wird folgende Nachricht eines Korrespondenzbureaus verbreitet:

In der Presse wurde mitgeteilt, daß der sozialdemokratische Konsumverein in Bielefeld nach seinem Geschäftsberichte zwei Lastzüge für den Warenverkehr eingekauft hat, die von der Heeresverwaltung die Subventionierung für Armeelastzüge erhalten. Die Subventionswagen müssen der Heeresverwaltung im Falle eines Krieges gegen eine Entschädigung zur Verfügung gestellt werden. Wie der „Inf.“ mitgeteilt wird, ist an zuständiger Stelle über dieses Vorwissen nicht das geringste bekannt. Es sind aber aus Grund der Zeitungsmeldung Untersuchungen des Falles veranstaltet worden, die voraussichtlich bald eine Aufklärung bringen dürften. Vorher kann darüber nichts Positives mitgeteilt werden. Man darf aber erwarten, daß eine irrtümliche Auffassung von irgend einer Seite vorliegt, oder daß die in Betracht kommenden militärischen Stellen sich in Unkenntnis über den Charakter des Geschäfts befanden.

Sehr richtig bemerkt zu dieser ulkigen Sache die „Berliner Volksztg.“: Um den ganzen Reiz dieser Notiz begreifen zu können, muß man wissen, daß die Heeresverwaltung in der Tat Automobillastwagen und -lastzügen in Friedenszeiten eine Subvention zahlt, um den Bau und die Benutzung solcher Automobile zu fördern, damit im Kriege möglichst viel solcher Fahrzeuge zur Verwendung stehen. Wenn nun ein „sozialdemokratischer“ Konsumverein über einen derartigen Lastzug verfügt, so muß es natürlich auch für ihn heißen: mitgefangen, mitgehungen. Oder will die Militärverwaltung „sozialdemokratische“ Automobile nicht im Kriege verwenden? Fürchtet sie, sie könnten aus Parteirankune streiken? Dann ziehe die Militärverwaltung die Konsequenz und verzichte bei

dem großen Zukunftsriege auch auf die freundliche Mitwirkung der Sozialdemokraten in der Reserve, der Landwehr und dem Landsturm! — Im übrigen riecht die Meldung, die ohne Kommentar auch von freisinnigen Blättern abgedruckt wurde, stark nach Denunziation.

### Ein Polizeierlaß aus vergangenen Zeiten.

Die bürgerlich-demokratische „Berliner Volkszeitung“ gräbt folgenden aus dem Jahre 1849 stammenden Erlaß eines Berliner Polizeipräsidenten an die ihm unterstellte Schutzmannschaft aus, der, angeht die Ergebnisse der Moabiter Prozesse und ihrer bekannten Beurteilung durch Herrn v. Sadow, gerade jetzt einen pikanten Beigeschmack hat:

Es sind mir in diesen Tagen vielfach Beschwerden gekommen über das Verfahren der Schutzmannen bei Ausführung der denselben erteilten Anordnungen. ... Die selben haben sich, als unzulässig, gezeigt, mehrere aber haben von mir als begründet erachtet werden müssen, und es sind deshalb ernstliche Rügen erteilt worden.

Dieser Umstand gibt zu folgenden Bemerkungen Veranlassung:

Die Schutzmannschaft wird nach wie vor die ihr erteilten Befehle mit aller Energie ausführen. Zu diesem Zweck mache ich wiederholt darauf aufmerksam, daß das beteiligte Publikum zuvörderst auf freundliche Weise mündlich aufzufordern ist, den erteilten Bestimmungen Folge zu geben; hilft dies nicht, so ist mit Anwendung der erforderlichen Gewaltmaßregeln zu drohen und erst alsdann sind diese, jedoch nur soweit und genau in den Grenzen zur Ausführung zu bringen, als es zur Erreichung des Zweckes notwendig ist. Schimpfreden und Insulten sind unter allen Umständen zu vermeiden und werden vorkommenden Falles sehr ernst gerügt werden, wie sich denn überhaupt die Schutzmannschaft der Überzeugung hingeben sollte, daß ihre Stellung zur hiesigen Einwohnerschaft um so mehr gewinnen wird, je mehr sie es versteht, auch den Schein jeder Leidenschaftlichkeit bei Ausübung ihres Berufes von sich fernzuhalten.

Führer: der „Fortschritt“ von 1849 bis 1911 ist gewaltig. Herrlich weit haben wir es gebracht in diesen 62 Jahren!

### Das Regierungsblatt gegen die Wahlreform.

Der lauren Pflicht, die politischen Ereignisse der letzten acht Tage vom Regierungsstandpunkt aus zu würdigen, sucht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auch in ihrem Wochenrückblick vom verflohenen Sonnabend nachzukommen. Sowohl der Fall Batho wie der elsass-lothringische Nationalbund müssen herhalten, und auch von den Taten des Abgeordnetenhauses wird keine wesentliche vergessen. Nur in einem Falle verlagert das Gedächtnis des Regierungsblattes. Der Skandal vom letzten Mittwoch ist für seine Annalen nicht vorhanden; mit keinem Wort deutet es an, wie es kam, daß die Regierung das umhüllte gewordene Parlament der Ritter und Heiligen heimlich. Dafür sucht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber die wildgewordenen Konservativen mit der Regierung zu veröhnen, indem sie in deren Sinne sich gegen eine ernstliche Lösung der Wahlrechtsfrage wendet. Sie schreibt in dieser Hinsicht:

„In den jetzigen Verhandlungen hat sich die Regierung entsprechend der Haltung, die sie bei Initiativanträgen grundsätzlich einnimmt, nicht beteiligt. Verschiedentlich ist eine Aufklärung darüber vermisst worden, ob und inwiefern sich ihre Stellung zum preussischen Wahlrecht durch ihre Stellung zur elsass-lothringischen Verfassungsreform verändert habe. Die Antwort hierauf hat der Reichstagspräsident bereits im Reichstage bei Einführung der reichsständischen Verfassungsgeetze gegeben. Der Reichstagspräsident hat damals ausgeführt, daß die Ordnung des Wahlrechts in einem Bundesstaate oder im Reichsstaate völlig unverbundlich ist für die Gestaltung des preussischen Wahlrechts. So wenig für Elsaß-Lothringen die Einführung des dort historisch unbedenklichen und mit seiner Verfassung unvereinbaren preussischen Klassenwahlrechts in Frage kommen konnte, so wenig kann jetzt die Rede davon sein, das preussische Wahlrecht nach dem reichsständischen Muster zu reformieren. Derartige Konsequenzen kann nur ziehen, wer das Wahlrecht für einen Gegenstand hält, der nach theoretischen und schematischen Dogmen zu regeln ist.“

Diese Abgabe an ein gerechtes Wahlrecht war ja zu erwarten; eine Verhütung wird sie aber selbst für die Konservativen nicht bedeuten.

### Weitere Austritte aus dem Hanja-Bunde.

Der Vorsitzende des Altonaer Zweigvereins des Hanja-Bundes, der Industrielle und Stadtworordnete Seidler, hat sein Amt niedergelegt und zu gleicher Zeit seinen Austritt aus dem Hanjabund erklärt. Herr Seidler begründet seinen Schritt in einem Schreiben an die Vorstandsmitglieder des Zweigvereins des Hanjabundes von Altona, Ottenjen und Umgegend damit, daß die Ausführungen des Geheimrats Rieffer deutlich erkennen lassen, daß der Bund immer mehr nur linksliberale Tendenzen verfolgt und nicht gewillt ist, seine Hauptaufgabe mit darin zu suchen, die produktiven Stände in ihrem Kampf gegen die Umsturzpartei zu unterstützen. Unterm 11. Oktober v. J. hatte der Zweigverein eine unumwundene Erklärung darüber verlangt, ob auch der Hanjabund in der Bekämpfung der Sozialdemokratie seine vornehmste Aufgabe erblickt.

Die Vorstände der südwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saar-Industrie und des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie beschlossen gestern in gemeinsamer Sitzung den Austritt aus dem Hanjabund. Ferner haben ihren Austritt aus dem Hanjabund angezeigt: der Vorsitzende des Stahlwerksverbandes, Kommerzienrat Louis Köhling, Bölskinghausen, Mitglied des Direktoriums und des großen Ausschusses des Hanjabundes, das Mitglied des Direktoriums des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Major Richard v. Bopelins, Dr. Lisse, Geschäftsführer der Ortsgruppe Saarbrücken, der Generaldirektor der Burbacher Hütte, Kommerzienrat Edmund Weisdorf, Mitglied des Gesamtausschusses und Vorsitzender der Ortsgruppe Saarbrücken, Hüttendirektor Theodor Müller-Kemnath in Firma Gebrüder Stamm, Mitglied des Gesamtausschusses, und die Vorstandsmit-

glieder Kommerzienrat Karl Roth, Köhling und Dr. Max v. Bopelins.

Immer heraus damit!

### Konservative Beklemmungen.

Die Königlich sächsische Regierung treibt Realpolitik. Sie kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Zweite Kammer des sächsischen Landtages fast zu einem Drittel aus Sozialdemokraten besteht und damit die Sozialdemokratie zu einem Machtfaktor der sächsischen Politik geworden ist. Deshalb paßt sich die Regierung den bestehenden Tatsachen an und verhandelt auf parlamentarischem Boden mit den Vertretern der sonst so bitter gehaßten und befürchteten Sozialdemokratie.

Und auch unsere sächsischen Genossen, die in Fragen der süddeutschen Parlamentaristik so tapfer radikal sind, sind daheim im Sachsenlande gar kluge Realpolitiker: Auch sie verhandeln mit der Regierung, und obendrein über Steuerfragen, obwohl sie ihr durch Ablehnung des Budgets das stärkste Mißtrauen ausgesprochen haben.

Dieser Zustand bereitet den Konservativen arge Beklemmungen, wie das folgende, von unserm Chemnitzer Parteiblatt der Öffentlichkeit übergebene Zirkular beweist:

Streng vertraulich!

Dresden, den 2. Mai 1911.  
Die Zuziehung von vier Sozialdemokraten zu der am vergangenen Samstag im Ministerium stattgehabten Besprechung über die Gemeindesteuereform hat in vielen Kreisen des Landes zu scharfen Protesten Veranlassung gegeben. Auch aus den Kreisen der Mitglieder des engeren Vorstandes ist entschiedene Mißbilligung einer solchen Maßnahme ausgesprochen und ausdrücklich beantragt worden, baldmöglichst eine Sitzung des engeren Vorstandes zum Zwecke einer Aussprache über dieses regierungsseitig gegenüber der Sozialdemokratie befundene Entgegenkommen anzuberaumen. Ich beehre mich daher, die Herren Mitglieder des engeren Vorstandes des konservativen Landesvereins auf Samstag, den 6. Mai ds. Js., nachmittags 3 Uhr, nach Prager Straße 43 hierdurch ergebenst einzuladen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
Dr. Mehnert.

Was dort beschlossen worden ist, und welche etwaigen Folgen es gehabt hat, ist noch nicht bekannt geworden. Indessen werden sich auch die Konservativen mit den Tatsachen abfinden müssen und sie werden selbst nicht verhehlen können, daß die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit die Mehrheit in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages erlangt. Dann wird die Realpolitik in einem Umfange zum Durchbruch kommen, daß gar manchem die Augen übergehen werden.

### Die marokkanische Extratour der Regierung

hat in der alldeutschen und liberalen Presse und in den Blättern der Großindustrie große Freude ausgelöst. Am Sonnabend abend teilte eine amtliche Notiz in der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ mit, daß ein Kriegsschiff nach dem marokkanischen Hafen von Agadir entsandt worden sei und am Sonntag morgen bringe die genannte Presse spaltenlange Subelartikel. „Ein Stein der Sorge und des Mißtrauens wird jedem Deutschen vom Herzen fallen, wenn er diese Meldung liest“, so ruft die „Post“ aus. Und die „Tägl. Rundschau“ schreibt begeistert: „Mit diesem Entschlusse verläßt Deutschland die Position des nur beobachtenden Zuschauers der Marokkointrigen und greift, gezwungen durch seine Pflicht der Wahrung bedrohter deutscher Interessen tätig in die marokkanischen Unruhen ein. In ganz Deutschland wird man dieses Vorgehen nur mit einem Wort begrüßen, mit dem Worte: „Endlich!“, denn das langgeübte Zuschauen und Daulen fing an unerträglich zu werden. . . . Was wir unternommen haben, hat mit der Heutepolitik, die nun seit Jahren und besonders unverhüllt in den letzten Monaten von französischer und spanischer Seite unter hundertfacher Verletzung der zum Kinderpost gewordener Agadirasakte in Marokko getrieben wurde, nichts zu tun. . . .“

Damit nun aber wenigstens der Anschein erweckt werde, als ob es sich bei dem freudig aufgenommenen Eingreifen Deutschlands in die marokkanischen Angelegenheiten um die Wahrung bedeutender wirtschaftlicher Interessen handle, ipeißt das auswärtige Amt die Presse mit allerhand phantastischen Erzählungen über die Größe des deutschen Besitzes in Marokko. So sollen im Hinterlande von Agadir große Landstrecken mit landwirtschaftlichem Betrieb deutschen Häusern gehören. Der Besitz einer einzigen Firma habe die Größe eines Fürstentums. Eine Firma beschäftige 120 Personen, darunter 60 bis 70 Handelsagenten. Eine andere habe 60 Angestellte, außerdem habe der deutsche Handel im Süden Marokkos zugenommen und steige besonders in den letzten Zeiten. Die Steigerung sei allerdings in der Statistik nicht ersichtlich, weil eine große Menge Güter, deren Import und Export für England gezählt werde, von deutschen Firmen über England ein- und ausgeführt werde. Auch am Bergbau sei Deutschland erheblich interessiert. — Es ist nicht daran zu zweifeln, daß bald noch mehrere solcher Wundergeschichten auftauchen werden, sodas in kurzer Zeit Marokko auch in Deutschland für das begehrteste Wunderland anzusehen ist.

### Italien.

Lärmjungen in der Kammer. Die Kammer besprach den Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Lebensversicherungen. Mehrere Redner begründeten unter großer Unruhe der Kammer die von ihnen eingebrachten Tagesordnungen. Abjini, der seine dem Entwurf feindliche Tagesordnung unter dem Beifall der Rechten entwickelte, wurde von der äußersten Linken durch Zurufe und Lärm unterbrochen. Der Präsident hob die Sitzung auf. Bei der Wiederaufnahme empfahl er Ruhe und Achtung vor der Redefreiheit. Andere Redner sprachen gleichfalls unter lebhaftem Beifall der Rechten und der Mitte und großem Lärm der äußersten Linken. Gallenga begründete in langen Ausführungen eine Tagesordnung, in der vorgeschlagen wird, den Entwurf einem Referendum zu unterbreiten. Er wurde dabei oftmals von der äußersten Linken durch Lärm unterbrochen, so daß der Präsident die Störer zur Ordnung rief. Der Lärm und die Zurufe hüber und herüber zwischen den verschiedenen Parteien

der Kammer arteten schließlich in einen solchen Tumult aus, daß der Präsident von neuem die Sitzung aufhob. Nach der Wiederaufnahme beendigte Gallenga seine Rede.

### Frankreich.

Das Vertrauensvotum für das neue Ministerium. In der Sitzung der Deputiertenkammer am Sonnabend hielt der alte radikale Führer Pellatan, der persönlich ein Gegner des Proporzses ist, eine ziemlich scharfe Oppositionsrede. Er bedauerte, daß er den früheren Minister der öffentlichen Arbeiten, Dumont, dessen Politik gegenüber den Eisenbahngesellschaften die Kammer gebilligt habe, nicht im Ministerium finde. Er verteidigte sodann das Recht der Eisenbahnbeamten auf Streik. Faures forderte die Anhänger des Proporzsystems auf, bezüglich der Wahlreform zwischen ihrer Meinung von gestern und der, die man ihnen heute vorschlägt, zu wählen. Wenn die Wahlreform nicht mit der Regierung gemacht würde, so würde sie gegen sie gemacht werden. Darauf wurde die Verhandlung geschlossen. Die Kammer nahm mit 367 gegen 173 Stimmen eine Tagesordnung an, die von der Regierung gebilligt wurde, und sie besagt: Die Kammer vertraut darauf, daß die Regierung bei der Verwirklichung des republikanischen Programms der Reformen auf dem Gebiete der Laienschule, der Steuer- und der Sozialpolitik fortfahren werde. Sie rechnet weiter darauf, daß die Regierung in der Frage der Wahlreform die Republikaner einig werde, um diese Reform so bald als möglich zur Durchführung zu bringen, und geht zur Tagesordnung über. Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Die 173 Deputierten, die gegen die Tagesordnung stimmten, setzten sich zusammen aus 70 geeinigten Sozialisten, 46 Progressisten, 2 Nationalisten, 24 Mitgliedern der Rechten, 21 der Action liberale und 10 Unabhängigen.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 3. Juli.

Achtung, Tapezierer! Die Tapezierer Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! Über die Arbeiten des Unternehmers Beth in Badendorf ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt. Die Zweigvereinsleitung.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet Dienstag abend im Gewerkschaftshaus statt. Wir machen darauf nochmals aufmerksam.

Vorsicht vor Streikbrecherwerb! In den Vereinigten Berliner Kalksteinwerken, G. m. b. H., befinden sich die dort beschäftigten Arbeiter in einem Lohnkampf. Es wird nun von der Firma versucht, von auswärts Arbeitswillige heranzuholen, und ganz besonders scheint die Firma es auf Lübeck abgesehen zu haben. Denn es sind schon mehrere Transporte von hier nach dort abgegangen. Einen guten Werbeagenten hat die Firma in dem hiesigen Kutcher Swenson, wohnhaft Dornestrasse, welcher die Sache für seinen Bruder, der als Meister im dortigen Werke beschäftigt ist, verrichtet. Wir wollen auch an dieser Stelle darauf hinweisen, daß sich kein anständiger Lübecker Arbeiter bereit finden darf, sich als Streikbrecher anwerben zu lassen. Den Arbeitjuchenden wird nämlich verschwiegen, daß auf den Berliner Kalksteinwerken ein Streik besteht, und außerdem wird noch mit besonders hohen Löhnen, die angeblich im dortigen Werke bezahlt werden, operiert. Deshalb, Arbeiter von Lübeck und Umgegend, laßt euch nicht von diesem Arbeitswilligen-Agenten nach den Vereinigten Berliner Kalksteinwerken G. m. b. H. oder Vereinigten Berliner Mörtelwerken anwerben.

Arbeiterferien. Das kostbarste Kapital des Staates und der Gesellschaft ist der Mensch. Jedes einzelne Leben repräsentiert einen bestimmten Wert. Diesen zu erhalten und ihn bis an die unabänderliche Grenze möglichst intakt zu erhalten, das ist nicht bloß ein Gebot der Humanität, das ist auch in ihrem eigensten Interesse die Aufgabe aller Gemeinwesen.

Die Auffassung, es sei nicht ein Gebot der Humanität, sondern es liege auch im Interesse des Staates, die Menschen, das kostbarste Kapital des Staates, gesund zu erhalten, hat in jüngster Zeit insofern eine neue Beachtung gefunden, als der Staat mit Schrecken gemahrt wurde, daß die Militärtauglichkeit immer noch im Abnehmen begriffen ist. Für den Militärstaat bedeutet das aber eine Gefahr. Denn neben den vielen schlechten Seiten hat der Militarismus die eine gute Seite, daß er ein kräftiges und gesundes Menschenmaterial gebraucht, und es daher für ihn eine Lebensfrage ist, den gesundheitlichen Niedergang des Volkes zu verhindern, ihm entgegenzuarbeiten. Unter den vielen Vorschlägen, die nun gemacht werden, um eine militärtaugliche Jugend zu erhalten, befindet sich auch der, für die jugendlichen Arbeiter gesetzliche Ferien einzuführen. Im österreichischen Handlungsgehilfengesetz vom Jahre 1910 wird vorgeschrieben, daß jeder jugendliche Arbeitnehmer, nachdem er 6 Monate in Stellung ist, einen Anspruch auf Ferien von 10-14 Tagen im Jahre hat, und daß der Unternehmer während dieser Zeit das Gehalt weiter bezahlen muß. Dr. med. J. Kaup in Charlottenburg, der kürzlich in einem dicken Buche alle Ursachen des Rückganges der Militärtauglichkeit zusammengestellt hat, plädiert nun in der „Concordia“, Zeitschrift der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, dafür, ähnlich wie in Österreich für die Lehrlinge im Handelsgewerbe, in Deutschland gesetzliche Ferien für alle Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter einzuführen, „zur Erhaltung unserer Jugend“. Der einfachste Weg wäre, eine Bestimmung der Gewerbeordnung zu schaffen, nach der ein jugendlicher Arbeitnehmer, sobald er sechs Monate ununterbrochen in einem Betriebe beschäftigt war, Anrecht auf die Gewährung eines ununterbrochenen Urlaubes von 10- bis 14tägiger Dauer besitzt. Da die Kommunen und die Arbeiterversicherung an einer geregelten Erholungsfürsorge ebenso interessiert wären wie der Unternehmer, meint der Verfasser, so sollen auch sie zu den Kosten beitragen. Der Arbeitgeber müsse verpflichtet werden, den halben Lohn fortzubezahlen, während die Kommunen und die Invalidenversicherungsgesellschaften die Erhebungskosten der Ferienheime aufzubringen hätten, in denen die jugendlichen Arbeiter während der Ferien verpflegt werden sollen. Durch Sparmaßnahmen und Beiträge von Organisationen sollen die übrigen Kosten gedeckt werden.

Die „sozialhygienischen Vorschläge“ des Charlottenburger Arztes und Privatdozent Kaup beziehen sich nur auf die Jugend, um sie militärtauglich zu machen. Aber im Prinzip wird immerhin die gesetzliche Einführung von Erholungsferien von berufener Seite als eine Forderung der Hygiene

berlangt. Und was für die Gesundheit der Jugend, das bedeutet eine längere Erholung auch ganz selbstverständlich für die Gesundheit der erwachsenen Arbeiter. Die Konsequenz verlangt deshalb, Ferien für alle Arbeiter einzurichten, um sie bis an die unabänderliche Grenze möglichst intakt zu erhalten.

Ein langer und harter Kampf ist bereits um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt worden, der noch lange nicht sein Ende erreicht hat. Ohne Kampf ist aber nur sehr wenig und Unwesentliches erreicht worden. Es sind bald hundert Jahre her, als man in Deutschland die Schäden der Kinderarbeit erkannte. Im Jahre 1824 veranfaßte bekanntlich der preussische Unterrichtsminister Altenstein ein Zirkularreskript, in dem er sagt, es sei bekannt geworden, daß Kinder in Fabriken und Manufakturen sowohl bei Tage als zur Nachtzeit beschäftigt werden. Dieser Gegenstand ist in medizinisch-polizeilicher Hinsicht so wichtig, daß anscheinend eine nähere gesetzliche Bestimmung notwendig wird. Eine Untersuchung förderte grauenhafte Zustände zutage, und vom Standpunkt der Volksgesundheit wurde damals schon eine Unterdrückung der Kinderarbeit gefordert. Sie ist bis auf den heutigen Tag noch nicht ganz beseitigt. Im zähen Kampfe ist sie aber immerhin zurückgedrängt worden, und die Zeit scheint nicht mehr sehr ferne zu sein, wo die Kinderarbeit verschwunden sein wird — dank der sozialdemokratischen Bewegung! Der einst so viel verspottete Achtstundentag ist bereits für Hunderttausende von Arbeitern errungen und Stück um Stück verkürzt die Gewerkschaften die tägliche Arbeitszeit. Arbeiterferien sind erst in einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Betrieben eingeführt, sie sind aber auch bereits schon in Tarifverträgen festgelegt. Der Anfang ist also gemacht. Mehr werden die Arbeiter nur erhalten, wenn sie es sich auch fernerhin im Kampfe erringen. Aber wie es ihnen gelang, die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen, so werden sie sich auch einmal Ferien erkämpfen. Indem sie es tun, wirken sie nicht nur für ihr eigenes Wohl, sondern auch für die Gesundheit des Volkes im allgemeinen — für die Verwirklichung dessen, was die moderne Hygiene verlangt, „Gesundheit ist das höchste Gut“. Sie bildet nicht nur die breiteste Grundlage des Glückes des einzelnen Menschen, sondern auch der ganzen Familie, ja, sie bedingt sogar den wirtschaftlichen Wohlstand einer gesamten Nation. Umgehore Werte an Kraft und unermesslichem Kapital schlummern in jedem großen Volkskörper, sie zu bergen und dem Wohl der Allgemeinheit nutzbar zu machen, ist höchste sittliche Pflicht jedes Staatsbürgers! Dann ist es auch höchste sittliche Pflicht, für eine gesunde Erholung der Arbeiter, für Arbeiterferien zu sorgen!

**In der schönen Zeit der langen Schulferien** wissen die Jungen oft nicht, was sie vor Übermut oder Langeweile beginnen sollen. Dann geraten viele auf Abwege; sie necken, schlagen oder fangen kleinere Tiere, schießen Vögel, angeln fische; kurzum sie bezeigen sich als sehr unnützlich und roh. Vor Entlassung in die Ferien sollte daher in allen Schulen die Jugend eindringlich ermahnt werden, die freie Zeit würdig zu verbringen, keine Tierquälerei zu treiben und auch andere Jungen davon abzuhalten. Ebenfalls die Eltern sollten in den Ferien stets das Tun und Lassen ihrer Kinder beobachten und streng dozieren, wenn es nötig ist. Denn jung gewohnt, alt getan.

**Unfallversicherung.** Nach dem Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft ist die ausschließliche Bewirtschaftung von Haus- und Ziergärten nicht unfallversicherungspflichtig. Diese Vorschrift hat das Reichs-Versicherungsamt dahin ausgelegt, daß der Begriff „Haus- und Ziergärten“ im allgemeinen voraussetzt, daß die Erzeugnisse des Gartens für den Bedarf des eigenen Haushalts des Unternehmers verwendet werden, daß der Umfang der gärtnerischen Anlagen nicht zu bedeutend ist, und daß nicht zu erhebliche Arbeitskräfte für die Bewirtschaftung erforderlich sind, diese vielmehr im wesentlichen allein von dem Besitzer oder dessen Angehörigen, oder den regelmäßig als Hausgenossen beschäftigten Personen, und zwar von den letzteren nebenher, besorgt wird. Unter Anwendung dieser Grundsätze hat das Reichs-Versicherungsamt die Bewirtschaftung eines 50 Ar großen Gartens durch einen besonders dazu angenommenen Gärtnergehilfen für unfallversicherungspflichtig erklärt.

**Neuabschätzung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.** Es wird bekannt gemacht, daß demnächst eine Neuabschätzung und Veranlagung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach den Vorschriften des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 1900 erfolgen wird. Alle in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten wohnhaften Unternehmer land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe, deren Betriebe noch nicht zur Unfallversicherung angemeldet sind, werden aufgefordert, die Anmeldung bis zum 10. Juli d. J. im Bureau Mühlentstraße 72, Zimmer Nr. 6, zu bewirken. Wer die rechtzeitige Anmeldung unterläßt, kann mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mk. belegt werden.

**Straßenperre.** Wegen vorzunehmender Gaszuleitungsarbeiten wird die Düstere Querstraße am Dienstag, dem 4. Juli d. J., für den Durchgangsverkehr gesperrt sein.

**Unfälle am Hafen.** Wie gefahrvoll der Beruf eines Hafenarbeiters ist, mögen folgende Zeilen beweisen: Nachdem in letzter Woche schon der Arbeiter Biermann schwer verunglückt, sind vom Freitag an nicht weniger als sechs Unfälle zu verzeichnen. Neben den schon gemeldeten Unfall des Hafenarbeiters Lübtort, der die rechte Hand brach, erlitt auch der auf dem gleichen Dampfer beschäftigte Hafenarbeiter S. Wienck einen Unfall, indem ihm ein herausfallendes Brett aus einer Hieve in die rechte Seite traf. Der Hafenarbeiter J. Sandherr erlitt schwere Quetschungen beider Beine, indem er unter einem umfallenden Stapel Bretter geriet. Zufälligerweise konnte er durch anwesende Kollegen aus seiner sehr gefährlichen Lage befreit werden. Weiter wurde auf dem Grabdampfer „Normannia“ dem Hafenarbeiter Jarzow ein Glied vom Finger abgequetscht. Leichtere Unfälle ereigneten sich ferner auf dem Dampfer „Röhn“.

**Gefundene Gegenstände.** Im Monat Juni d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeleitet (angemeldet) und nicht wieder abgefordert: Mehrere Portemonnaies mit und ohne Inhalt, sowie lose Geldbeträge, 1 silberne Herrenuhr, 2 silberne Damenuhren, 1 goldener Trauring, 1 goldenes Medaillon, 1 Herren-Fahrrad, 1 goldene und 2 andere Broschen, 1 Fußball, 1 Federkasten, 1 Kinderspielwagen, mehrere Handtaschen mit Inhalt, 2 Korsetts, 1 Paar Damen-Glacehandschuhe, 1 Weißboa, 1 Damenbluse, 1 Damengürtel, 1 Damen-Regenschirm und 1 gesticktes Taschentuch.

**Schwankende Gesundheit.** Die Gesundheitsverhältnisse haben sich Mitte Juni vom 11. bis zum 17. in den meisten deutschen Städten erheblich gebessert, indem die Sterblichkeit zurückgegangen ist. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet, starben von den Städten mit mindestens 70000 Einwohnern in Wochen 187, Altona 157, Augsburg 191, Barmen 117, Berlin 147, Bielefeld 86, Bochum 156, Bonn 225, Borsbe 146, Braunschweig 174, Bremen 125, Breslau 202, Charlottenburg 93, Chemnitz 111, Danzig 199, Darmstadt 119, Dortmund 172, Dresden 132, Deutsch-Wilmersdorf 43,

Duisburg 131, Düsseldorf 117, Elberfeld 128, Erfurt 181, Essen 95, Frankfurt a. M. 130, Freiburg i. B. 206, Flensburg —, Frankfurt a. O. —, Gießen —, Gera —, M.-Gladbach —, Gleiwitz —, Gellentkirchen 129, Görlitz 158, Hagen 94, Halle a. S. 248, Hamburg 153, Hamburg 119, Harburg —, Hannover 136, Heidelberg —, Karlsruhe 150, Kassel 99, Kiel 113, Köln 158, Königsberg i. P. 174, Kaiserslautern —, Königshütte 229, Krefeld 92, Koblenz —, Leipzig 132, Linden 148, Pichtenberg 115, Lübeck 137, Lubwingshafen 144, Magdeburg 143, Mainz 146, Mannheim 149, Metz —, Mühlhausen i. G. 100, Mülheim a. d. R. 120, München 142, Münster 104, Nürnberg 139, Oberhausen 133, Offenbach 138, Plauen i. B. 137, Posen 186, Remscheid —, Rixdorf 81, Saarbrücken 139, Schöneberg 102, Spandau 147, Stettin 119, Straßburg i. E. 134, Stuttgart 137, Wiesbaden 143, Würzburg 129, Zabrze —, Zwickau 142.

**Doppel-Badeanstalt Falkenwiese.** Die Temperatur betrug am 1. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 17, Luft 14; morgens 10 Uhr: Wasser 17, Luft 17; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 18; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 14 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 300 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 300 weibliche Personen.

Die Temperatur betrug am Sonntag, dem 2. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 16 1/2, Luft 10 1/2; morgens 10 Uhr: Wasser 16 1/2, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 19 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 200 männliche, 150 weibliche Personen.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Unter dem stürmischen Jubel des Publikums ging am Sonntag schon zum dritten Male Offenbachs „Die schöne Helena“ in Szene. Der Gast, Herr F. Redwig, und die übrigen Hauptdarsteller mußten bei den Altschlüssen unzählige Male vor dem Vorhang erscheinen und wurden mit rauschendem Beifall überschüttet; morgen findet die letzte Wiederholung der reizenden Operette statt. In Vorbereitung ist „Nanon“ von R. Genée. Für Mittwoch wird Ernst von Wildenbruchs „Die Gaublerche“ neu einstudiert.

**Ahrensböf.** Großfeuer. Sonnabend nacht um 12 Uhr wackte die Fabrikfeife der Chemischen Fabrik die Einwohner von Ahrensböf aus dem Schlaf. Es brannte die Chemische Fabrik von Dr. Christ total nieder. Die Entstehungsurache des Feuers soll in Selbstentzündung der Knochen liegen.

**Büchen.** Eine große Feuerbrunst kam Freitag nachmittag auf dem Hofe des Frhrn. v. Ompteda zum Ausbruch. Aus bisher unaufgeklärter Ursache geriet eine große mit Stroh gedeckte Scheune in Brand und ging in kurzer Zeit in Flammen auf. Dank dem schnellen Eingreifen aller Feuerwehren aus der Umgegend konnte ein Umsichgreifen des Feuers verhindert werden. Ungefähr 20 Schweine sind in den Flammen umgekommen.

**Grevesmühlen.** Von der Mühle zermalmt. In der Ahrensböf Windmühle kam Freitag der Lehrling Wigger, Sohn des Müllermeisters Wigger in Ralfhorst, dem Getriebe zu nahe und wurde getötet. Da zur Zeit des Unfalles außer dem Verstorbenen niemand in der Mühle war, dürfte die Ursache des Unglücks schwer festzustellen sein.

**Rostock.** In die Redaktion der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ eingetreten ist Genosse Robert Neßpita (Walter Treumund), der bisher schon Mitarbeiter des Blattes war.

**Kappeln.** Beim Segeln ertrunken. Der Präparand Heitmann aus Kl.-Stintbel ist Freitag nachmittag beim Segeln auf der See ertrunken. Er hatte mit dem Präparanden Berg aus Gernförde eine Segelpartie unternommen, als plötzlich das Boot bei Kappel voll Wasser schlug. Heitmann, in dem Glauben, daß das Boot sinken würde, sprang ins Wasser. Berg, der sich noch eifrig um die Rettung seines Kameraden beschäftigte, gelang die Rettung nicht. H. war 17 Jahre alt und seit Ostern aus der Schule.

**Delmenhorst.** Mitarbeit von „Sozialisten“ an bürgerlichen Blättern. Am 28. Juni fand in Delmenhorst eine Parteiverammlung statt, die sich mit der Berichterstattung der Parteimitglieder Albert Meyer, Barbier, und Alwin Kerl, Zigarrenarbeiter, an bürgerlichen Blättern, insbesondere den „Bremer Nachrichten“, befaßte. Alwin Kerl hatte in öffentlicher Stadtratssitzung erklärt, daß er bestimmte Artikel an die „Bremer Nachrichten“ geliefert habe. Wette ruhte der Verdacht auf ihn, vertrauliche Mitteilungen aus städtischen Kommissionen an Albert Meyer mitgeteilt zu haben, die letzterer dann in seiner Eigenschaft als „Berichterhalter“ in den „Bremer Nachrichten“ verwendete. Keiner der beiden Beschuldigten war zu der Versammlung erschienen. Doch hatte Meyer einen Brief gesandt, in dem er seine Verwunderung ausdrückte, daß seine „harmlosen lokalen Berichte“ zu einer derartig hohen Bewertung herangezogen werden. In der Versammlung wurde jedoch festgestellt, daß diese „harmlosen lokalen Berichte“ häßliche und giftige Beschimpfungen der Sozialdemokraten enthielten. Weiter wurde erwiesen, daß Kerl unter Vertrauensbruch Mitteilungen an Meyer gemacht hat. Die Parteiverammlung beschloß, das Ausschlußverfahren gegen den Barbier Albert Meyer und den Zigarrenmacher Alwin Kerl bei dem Bezirksvorstande zu beantragen.

**Brunsbüttelboog.** Brutale Gewalttaten der Hinzgarde. Hier haben die Zementierer und Arbeiter bei der Betonmaschine von Kruse u. Dethlefs wegen der fortgesetzten langen Überstunden, die die Firma verlangte, die Arbeit eingestellt. Die Firma hat sich nun an das hiesige bekannte Streikbrecherinstitut von Auguste Müller-Wandsbeck gewandt und von da ist unter Führung des Schwiegersohnes der braven Auguste ein Transport von 28 Mann eingetroffen. Die aus den Lasterhöhlen der rheinischen Großstädte zusammengewiesenen Elemente, die sämtlich in der Handwerkerbaracke einquartiert wurden, machten einen schier verwegenen Eindruck. Man konnte hier Verbrechertypen aller Art, wie Zuhälter und Straßenräuber, Taschendiebe und Falchspieler, die zum Teil mit Dolchmesser und Revolver ausgerüstet waren, beobachten. Als die Menschen einige Stunden als Betonierer gearbeitet hatten, befragte ihnen diese Arbeit nicht. Sie zogen sich von der Arbeitsstelle zurück und gingen in die Baracken, wo sie alsbald einen Zusammenstoß mit andern dort einquartierten Arbeitern zu provozieren wußten, der in eine arge Attacke ausartete. Im Verlauf dieser wurde der Maschinenbauer Krieter, der seit zirka drei Monaten in der Baracke wohnt und von dem Verwalter und den Hausdienern als ein ruhiger, solider Mann geschildert wird, von der Hinzgarde blutig geschnitten und derartig mißhandelt, daß seine sofortige Überführung ins Krankenhaus sich notwendig machte. Der wütende Mob ging nun weiter vor und demolierte alles, was nicht nagel- und hammerfest war. Die Hausdiener wurden bedroht, desgleichen die Köchinnen. Die Hinzgänger warfen Messer, Gabeln und Schwestern gegen die Wand und machten Miene, die Baracke in Brand zu stecken. Als hierauf der Polizeikommandant auf dem Kampplatz eintraf, stand er dem Tumult machtlos gegenüber. So

daß weitere zwei Gendarmen requiriert werden mußten. Inzwischen hatte der Barackenverwalter Müller, der für Leben und Gesundheit seiner Familie besorgt sein mußte, alle in der Baracke anwesenden Arbeiter und Geschäftsleute zu seinem Schutze mobil gemacht, so daß sich zwei feindliche Armeen gegenüberstanden. Mißlicherweise traf dann der Gendarm Wehrens ein, der mit Würdigerweise als Schutzpatron der Streikbrecher auftrat. Alle Schuld lag nach Ansicht des Gendarmen auf seinen der in der Baracke wohnenden Arbeiter, während die Hinzgänger total unschuldig seien. Hätte nicht der Gendarm Wehrens seine schützende Hand über den „nützlichen Elementen“ gehalten, so wäre ihnen ihr verdienter Lohn an Ort und Stelle ausbezahlt worden. Als aber der Wachtmeister Fuchs eintraf, änderte sich das Bild. Die gesamten „nützlichen Elemente“ wurden auf Anordnung des Baupolizeitors aus der fiskalischen Baracke ausgewiesen und des weitern von der Polizei abgeschoben. Später wurde von Hausdienern ein im Bett versteckter Revolver, der mit fünf Kugeln geladen war, gefunden. Diese Wordwaße hatten die Unternehmerliebhaber, als sie aus der Baracke expediert wurden, vergessen. So sehen die Hinzgänger bei Licht besehen aus. — Wann wird eigentlich die Polizei gegen solches Gesindel und deren Liebesarten einschreiten?

**Lüneburg.** Wegen Mordversuchs hatte sich am Donnerstag der 1878 in Hanau geborene angebliche Rutscher Albert Grimm alias Gärtner vor dem Schwurgericht zu verantworten. Ihm wird zur Last gelegt, am 22. November 1910 im Gefängnistransportwagen auf der Fahrt von Hamburg nach Celle hinter Winsen a. d. L. den Gefangenentransporteur Florian mit einem Messer überfallen und zu töten versucht zu haben, um dann die Flucht zu ergreifen. Aus dem Vorleben des Angeklagten ist folgendes von Interesse: Grimm ist im Jahre 1878 unehelich geboren. Schon in seiner Jugend zeigte er einen Hang zu schlechten Streichen. Er schwänzte die Schule, mußte ständig hingebachtet und in den Freistunden beobachtet werden, da er sonst fortlief. Er legte schon mit neun Jahren eine große Graufamkeit an den Tag. So wird in seinen Akten berichtet, daß er einer kranken Klage die Augen ausstach und viele andere rohe Streiche ausführte. Niemand war vor seinen Streichen und Mißhandlungen sicher, so daß er eine Plage der ganzen Nachbarschaft wurde und auch im neunten Lebensjahr in einer Zwangs Erziehungsanstalt untergebracht wurde. Auch hier lief er bald fort, wurde wieder ergriffen und noch ein paarmal in verschiedenen Anstalten untergebracht. In der Zeit, wo er der Zwangs Erziehungsanstalt entlaufen war, führte er Diebstähle aus, so daß er zuerst im Jahre 1894 mit dem Gefängnis Bekanntschaft machte. Bis heute ist er nicht weniger als 26 mal vorbestraft. Eine dreijährige Zuchthausstrafe erhielt er am 8. Mai 1903. Am 19. Mai entsprang er seinem Transporteur, ging über die französische Grenze, führte in Paris Diebstähle aus und wurde dort mit Gefängnisstrafen belegt. Dann verlegte er sein Tätigkeitsfeld nach Weiffel, das ihm auch sechs Monate Gefängnis einbrachte. Er wurde wieder an die Grenze gebracht, ging wieder nach Frankreich, ließ sich bei der Fremdenlegation anwerben und dort zirka vier Monate in einem Regiment eingestell. Es gefiel ihm aber auch hier nicht; es gelang ihm zu entfliehen und er kam mit einem Schiffe nach Schottland. Von hier benutzte er die Gelegenheit, mit einem Kohlendampfer nach Hamburg zu gehen. Nach einiger Zeit wurde er bald wegen Diebstahls in Stade, Altona, Harburg usw. verurteilt und immer aus Deutschland nach verhöhrter Strafe ausgewiesen, da er einen fremden Namen sich beigelegt hatte und angab, ein geborener Brüsseler zu sein. Auf Antrag der Altonaer Staatsanwaltschaft wurde er zur Beobachtung seines Geisteszustandes in der Irrenanstalt von Sinesmig interniert; aber bald wurde er, da er gesund war, in die Strafkast überführt. Im Jahre 1906 wurde er auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Stade in der hiesigen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt untersucht, doch gelang es ihm bald, auch hier mit einem andern Sträfling zu entfliehen. Als er seine letzte Strafe von vier Jahren, die ihm in Altona zubüßert worden war, in Rendsburg verbüßte, kam er seines katholischen Glaubens wegen nach dem Zuchthaus in Celle. Auf diesem Transport führte er die Lat, dementwegen er unter Anklage steht, aus. Jetzt wird er noch vom Landgericht Mainz und Heidelberg gesucht. Am 21. November vorigen Jahres wurde er von Rendsburg aus über Altona nach Hamburg transportiert, um von hier in einem Gefangenentransportwagen nach dem Celler Zuchthaus überführt zu werden. In Altona hatte er Gelegenheit, ein Messer zu erlangen, wie es von den Insassen des Gefängnisses beim Tabakzurichten verwendet wird. Als der Zug sich von Winsen aus wieder in Bewegung setzte, klingelte er von seiner Zelle aus nach dem Wärter. Der Wärter öffnete die Zelle, um sich nach seinem Anliegen zu erkundigen, erhielt aber sofort von Grimm mit dem Messer einen Stich oberhalb des rechten Auges. Grimm drängte nach draußen. Der Wächter hielt ihn mit der linken Hand krampfhaft fest und wehrte mit dem rechten Arm, den er sich vor das Gesicht hielt, die Stiche ab. Während des verzweifeltsten Kampfes gelang es dem Transporteur, die Notleine zu ziehen und so den Zug zum Stehen zu bringen. Durch das plötzliche Anhalten des Zuges fielen beide um. Grimm kam auf den Wärter zu liegen, auf den er nun wie ein Wütender einfiel. Zum Glück kam ein Schaffner herbei, der dem Zuchthäusler die Waffe aus der Hand schlug und ihn in die Zelle bringen konnte. Der Transporteur hatte 16 Wunden am Kopfe erhalten und einen großen Blutverlust erlitten, so daß in Lüneburg ein neuer Transporteur kommen und Florian sich in Celle in ärztliche Behandlung hat begeben müssen. Als Grimm wieder in seiner Zelle war, entleibete er sich, schlug die Scheiben in Trümmer und spielte den wilden Mann. Aber ihn scheint recht bald gefroren zu haben, denn bevor Celle erreicht war, hatte er seine Kleider schon wieder angezogen. Im Strafgefängnis spielte er wieder den Lobstüchtigen, beschmutzte sich mit Kot, schlug zweimal seine Fesseln entzwei, schlugte einen Rößel hinunter usw. Dieser Zustand dauerte 14 Tage, in welcher er noch verschiedene andere wenig befremdliche Gegenstände verschluckte. Auf die Fragen des Vorstehenden gab der Angeklagte, der gefesselt von zwei Beamten bewacht wurde, zuerst keine Antwort, bequeme sich aber im Laufe der Verhandlung doch zu antworten. Die Sachverständigen, die über seinen Geisteszustand Gutachten abgaben, erklärten ihn für einen minderwertigen, aber für seine Handlungen verantwortlichen Menschen. Er ist ein hysterischer Mensch, der auch an seinem Körper völlig gefühllos ist. Dr. Snell berichtet, daß man ihm ruhig mit einer Nadel durch die Zunge stechen könnte, ohne daß er darauf reagiert. Es ist daher auch erklärlich, daß er die Fesseln hat zerklagen und auch die Gegenstände hat verschlucken können. Der Staatsanwalt beantragt, nachdem die Geschworenen die Frage auf Mordversuch bejaht hatten, zehn Jahre Zuchthaus. Auf acht Jahre Zuchthaus lautet das Urteil.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellingsma, Verleger: E. S. Schwanitz, Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

# In Hodermanns Café u. Teehaus

wird

## Lübecker Adlerbier und Lübecker Bürgerbräu

geschenkt!

### Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg mit Kränzen schmückten, sende Herr Pastor Becker und der Transportarbeiter-Verband meinen herzlichen Dank.  
Magdalena Möller  
Kietzdorf.

Ein Zufall eine kleine 2-Stübchenwohnung an einzelne Leute per Monat ab 1. Oktober zu vermieten.  
Borbeckstraße 15a.

Eine Wohnung mit Stall u. Gart. zum 1. Oktober zu vermieten.  
Kietzdorf, Lohstraße 37g.

Zu verm. zum 1. Okt. 2-Zimmer-Wohnung mit Stall und Garten.  
Häselake, Schönbofen.

Eine Wohnung zum 1. Oktober zu vermieten. Zu bes. abends nach 6 Uhr.  
Elswigstraße 42a.

Zu verm. die 2. Etage, 3 Zim., an ruh. Leute ohne Kinder. Preis 200 Mk. Näh. Fichtingstr. 33.

2- bis 3-Zimmer-Wohnung von alt. Ehepaar v. d. Holtenor im ruh. Hause gesucht. Angeb. m. Pr. unter L W 100 an die Exped. dies. Bl.

### Eine Blätterin

für Oberhemde und Blusen sofort gesucht, 4-5 Tage.  
Järs, Gärtnergasse 5, Mühlenort.

Ein sauberes Schulmädchen für einige Nachmittagsstunden gesucht. Travemünde, nitr. 31/33, L.

Jg. belgische Riesenkaninchen 7 Wochen alt, zu verkaufen.  
Elswigstraße 25, Hinterh. part.

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressantesten Erlebnisse und Erfahrungen:

## Carl Hagenbedt Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hauschat für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, was jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch im besten Sinne“ ist Carl Hagenbedts Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbedt der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam ansehendsten Wilder erstehen von fernem Erdboden, deren Jagdgründe die Jäger und Jägerinnen des größten Tiererbes der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erkrankten Erfolge Hagenbedtscher Tierreisen, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbedts Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbedts Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltkämpfer geworden hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung. Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbedts Werk ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt. Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgelegenen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Hagenbedts Werk keine bloße Unterhaltungskost, es ist ein Bildungselement ersten Ranges. Ein neuer „Reich“ liegt hier vor uns, seiner lebhaften Form entfaltet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Weltanschauungsbereichs bereichert.

Benutzen Sie diese einzige sich bietende Gelegenheit Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern, Ihren Kindern dieselbe Belehrung und spannendste Unterhaltung zu bieten, und senden Sie nebenstehenden Bestellzettel an unsere Expedition.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

60000 Exemplare bereits verkauft

Bestellzettel

Wel ausfüllen und einreichen an die Buchhandlung Fr. Meyer & Co

Interessentname: ... bestell. hierdurch

Carl Hagenbedt, Von Tieren und Menschen

Sofortzahlung in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 Mk. oder nach einer Einzahlung von 75 Pf. wöchentlich ist eine Lieferung auszuführen.

Name und Stand:

Genaue Adresse:

Eine gut erhaltene Sportkarre billig zu verkaufen.  
Schwartauer Allee 221.

1 Ziehbillard, 1 Firmenstempel, 1 grünes Kostümkleid, 2 Waschkleider zu verkaufen.  
Marlesgrube 39.

Unter alte emaillierte Töpfe werden neue emailliert.  
Böden gefestigt.  
Mengenstraße 19.

Vordergefiel vom Blockwagen abhanden gekommen. Abzugeben gegen Belohnung.  
Wattenhofstraße 23. III.

Gefunden eine Brosche aus 4 kleinen 20-Pfg.-Stücken best. Abzuholen Mehrhof, Brauerei Lüch.

Ein Pincenez gefunden auf dem Wege zur Bafinger Heide. Abzuholen Friedenstraße 93.

Tägl. frische Nordseekrabben 1 Pfund 25 Pf. Kahlke, Heinrichstraße 38.

### Plakate

betr. Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli d. Jz. bezügl. Feilhalten von Nahrungsmitteln und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der Buchdruckerei d. Lüb. Volksh. Johannisstraße 46.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Einem geehrten Publikum von Rensefeld u. Umgegend empfehle ich mich zu allen in meinem Fache vorkommend. Arbeiten.

R. Czaikowsky,

Schuhmacher, Rensefeld, Rantzau-Allee 2, früherer Werkführer bei Peters.

Einem geehrten Publikum von Lübeck zur Nachricht, daß Unterzeichnete sich zur Ausübung ihres Berufes zusammengetan haben und empfehlen sich zur

Lieferung von neuen Kachelöfen u. Herden sowie Umsetzen und Reinigen derselben und bitten wir um geneigtes Wohlwollen.

J. Schink, Arminstraße 34.

G. Hohenfeld, Engelswisch 31.

Töpfermeister.



Heinr. Schultz  
Uhrn. u. Goldarb.  
oh. Johannisstr. 20.  
Uhren, Ketten,  
Gold- u. Silberwar.  
goldene Trauringe  
Rathenower  
Brillen.  
Eigene Werkstatt.

### Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —  
100 Stück von Mk. 1.— an

Bettfedern u. Daunen konkurrenzlos in Ware und Preis.  
Blücherstr. M. Otto Blücherstr. 27.

Betten werden daselbst gründlich gereinigt und nachgefüllt.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

### Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. 1.30 Mk.

### Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

### Versammlung der Klempner

am Mittwoch, dem 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Es ist die Pflicht eines jeden Kollegen, die Versammlung zu besuchen.

Der Branchenleiter.

### Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

### Versammlung der weiblichen Mitglieder

am Mittwoch, dem 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Die Vertrauensperson.

### Fackenburger Markt.

Montag, den 3. Juli:

### Gr. Tanzmusik

in H. L. Paetaus Gesellschaftshaus. Tanzabonnement 30 Pfg. Ende morg.

### Stadthallen theater.

Dienstag 8 Uhr. 34. Ab. Vorst. Gastspiel Fritz Redwitz. Zum letzten Male:

### Die schöne Helena.

Helena ... Lilli Schönberger. Paris ... Fritz Redwitz. Mittwoch: Ernst von Wildenbruch: Die Haubenlerche.

### Jetzt günstigste Zeit

zur Eindeckung des Winterbedarfs in

## Brennmaterialien

Für alle Sorten gelten

ermässigte Sommerpreise.

Lieferung von nur erstklassiger Ware unter voller Garantie des richtigen Gewichts. Bestellungen erbitet

## Christian Gäde.

Kontor: Fischergrube 4.

Fernsprecher 242.

## Achter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

C. B. Dresden, 30. Juni.

Die Diskussion über **Koalitionsrecht und Strafgesekentwurf** wird mit der geschäftsordnungsmäßigen Redezeit fortgesetzt.

Schreier (Holzarbeiter) macht auf das Meineldeurteil des Schwurgerichts für Lippe gegen den Holzarbeiter Maurer aus Laage aufmerksam. In einem Streitprozess wegen § 153 der O. D. wurde der Arbeiter Maagmann zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt, wobei das Gericht über den Antrag des Staatsanwalts hinausging. In der Begründung wurde „politische Irreführung“ behauptet und das Festhalten des Angeklagten an seiner Aussage als strafschärfend angesehen. Alles ist überzeugt, daß hier ein schwerer Fehlspruch vorliegt. Wir wünschen nur, daß hier auch das Recht triumphiere wie im Schröderprozess, an den dieser außerordentlich erinnert. In zahlreichen anderen Meineldeprozessen gegen Bauern hat das gleiche Gericht größte Wildheit und Einseitigkeit walten lassen. Wir müssen fordern, daß die Zusammensetzung der Geschworenengerichte gerechter sei. Wir berufen uns dabei auch auf Treitschkes Ausführung im 2. Band seiner „Politik“, daß die sonst sehr guten Schwurgerichte versagen, wenn sich die Geschworenen in politisch bewegten Zeiten selbst bedroht fühlen. (Zustimmung.)

Hense (Berlin (Fleischer): Die Fleischerorganisation ist äußerster Terrorismus, Verhängung von Geldstrafen und selbst Diebstahl gegen nicht willfähige Meister. Die haben die allerhöchsten Kämpfe um das Koalitionsrecht. In Bremen konnten wir mit Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft siegen; in Hamburg, Frankfurt a. M. usw. sollen die Gehilfen einen Revolver unterschreiben, daß sie der Organisation nicht angehören oder betreten, andernfalls sie mit sofortiger Entlassung und selbst Konventionalstrafe einverstanden sind. Die schwarzen Listen sind bei uns alltäglich. Würde der Borentwurf Gesetz, so könnte jeder Kampf selbst gegen Mißstände, Schweinereien und so weiter als Erpressung aufgefaßt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Aussprache schließt hiermit. Einstimmig wird beschlossen, das Heinemannsche Referat in Massen zu verbreiten.

Die Resolution des Referenten wird einstimmig angenommen, desgleichen die Resolution Knoll gegen das parteiische Vorgehen der Behörden im Merseburger Steinseverausstand.

### Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung.

Referent Paul Umbreit (Berlin (Generalmission)) Wir stehen am Ende einer Wirtschaftskrise, die den Arbeitern wieder einmal schwere Wunden geschlagen hat. Der wirtschaftliche Niedergang setzte inmitten des Jahres 1907 ein, erreichte seinen Wendepunkt im September 1909 und machte dann einer allmählichen Aufwärtsbewegung Platz. Auch heute kann von einer guten wirtschaftlichen Konjunktur noch lange nicht gesprochen werden. Über den Umfang der Arbeitslosigkeit geben uns drei statistische Quellen einige, wenn auch keineswegs ausreichende Aufschlüsse: die Frequenzziffern der Krankenkassen und die Arbeitslosenziffern der Fachverbände. Sieht man sich die Zahlen dieser Quellen an und bemerkt, daß die landwirtschaftlich Beschäftigten in der Statistik unberücksichtigt bleiben, daß die an der Arbeitslosenstatistik beteiligten Gewerkschaften einen großen Teil der baugewerblichen Arbeiterschaft, die durchweg die höchsten Arbeitslosen-

ziffern aufweist, nicht umfaßt, und daß schließlich die am ungünstigsten gestellten Schichten der Arbeiterschaft den Gewerkschaften in der Regel fernbleiben, so darf man ruhig annehmen, daß eine Million Arbeitslose pro Tag im Dezember 1908 bis Februar 1909 nicht zu hoch gegriffen ist. Eine Million beschäftigungsloser Arbeiter, mit ihren Familienangehörigen eine Bevölkerung von 3 bis 4 Millionen Köpfen, diese Ziffer zeigt uns das Problem der Arbeitslosigkeit in seiner ganzen erschreckenden Tragweite. Nicht eigene Schuld der Arbeiter ist es, die sie brotlos machte, nein, die Schuld trägt die Gesellschaftsordnung, die auf dem kapitalistischen Arbeitssystem beruht, trägt die Gesellschaft, die solche Zustände duldet, ohne ihre Mitglieder dagegen zu schützen. Pflicht der Gesellschaft und ihrer Organe, des Staates und der Gemeinde, ist es, die Arbeiter gegen diese üblen Folgen der herrschenden Produktionsordnung zu schützen und auf eine Beseitigung oder Verringerung der Arbeitslosigkeit hinzuwirken. (Lebh. Zustimmung.) Sie darf die Arbeiter nicht einfach ihrem Schicksal überlassen — das verbietet nicht allein das Gemeinwohl, sondern das wohlverstandene Interesse dieser Gesellschaft selbst, da jede Wirtschaftskrise Tausende wertvoller Arbeitskräfte dauernd vernichtet und Hunderttausende auf längere Zeit lahm legt. Der Pauperismus ist ein schlimmerer Feind der Gesellschaft als selbst Seuchen; sein Umfang ist weit erschreckender, seine Wirkungen verheerender. Die Massenarbeitslosigkeit während großer Wirtschaftskrisen aber ist der gefährlichste Herd des Pauperismus; da werden Hunderttausende aus dem Arbeitsgetriebe herausgerissen, Nichtem der Not dem Stumpfsinn und den Veruchungen ausgesetzt und viele finden den Weg zur regelten Arbeit niemals wieder. (Lebh. Zustimmung.) Man erkennt zwar die Gesellschaft theoretisch diese Pflicht schon an und auch praktisch ist mancherlei zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschehen. Aber die bürgerliche Gesellschaft handelt in missverständlicher Weise nach dem Bibelwort, die Linke nicht wissen zu lassen, was die Rechte tut. Während sie mit der linken Hand schwächliche, in feiner Weise durchgreifende Reformen gegen die Arbeitslosigkeit schafft, einige Notstandsarbeiten, einige öffentliche Arbeitsnachweise und hier und da gemeindliche Arbeitslosenfonds, mehrt sie mit der rechten Hand die Arbeitslosennot zur ungeheuren Größe. (Sehr richtig!) Die Reichsfinanzreform hat nicht bloß den Steuerdruck und die Lebensmittelpreise enorm erhöht, sie hat auch Zehntausende von Tabakarbeitern und Zündholzarbeitern in Arbeitslosigkeit und Elend gestürzt und blühende Gewerbe an den Rand des Ruins gebracht. Der Schaden, den diese Finanzreform der Arbeiterklasse zugefügt hat, überwiegt um ein Mehrfaches den Wert aller bisherigen öffentlichen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. (Lebh. Zustimmung.) Und so rasch unsere Gesetzgebung bei der Hand ist, der arbeitenden Bevölkerung neue Lasten aufzuerlegen, so weit ab liegt für sie die Durchsetzung erster Arbeitslosigkeitsreform. Um so nachdrücklicher muß die Arbeiterklasse selbst verlangen, daß Staat und Gesellschaft Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ergreifen, und sie muß auf Mittel und Wege sinnen, um die Durchführung ihrer Forderung zu erzwingen. Aus den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse seit 1896 ergibt sich, daß wir von der Negation zu positiver Stellungnahme gekommen sind. Lehnten früher die Kongresse alles ab, was irgendwie in das Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften eingriff, so trat später diese Angilität immer mehr zurück. Die Ursachen dieser Wandlung sind ebensowohl in der Umgestaltung der Verhältnisse, als in der Entwicklung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung im allgemeinen zu suchen. Auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung ging der Anteil der Gewerkschaften zurück, dafür gewannen die öffentlichen Arbeitsnachweise an Terrain, noch mehr freilich die Unternehmer-

wurden. Um diesen Arbeitgebernachweisen den Boden zu entziehen, schien es geboten, den Einfluß der öffentlichen paritätischen Arbeitsvermittlung zu stärken. Erst der Einfluß der Gewerkschaften hinsichtlich der Arbeitsnachweise zu rück, so wuchs um so mehr ihre Macht auf dem Gebiete der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen, ein Grund mehr, den Arbeitsnachweis als Kampfmittel auszuscheiden. Auch gewann die Arbeiterbewegung mehr Einfluß in den Gemeinden und dadurch auf die Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise. Anders auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung. Hier sind alle Versuche, sie staatlich oder gemeindlich auf anderer als gewerkschaftlicher Grundlage zu regeln, als Mißlungen zu bezeichnen, während die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung mit dem Wachstum der Gewerkschaften, selbst an Ausdehnung zunahm. Die Höhe der jährlichen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung ist von 1 880 000 Mk. auf 9 720 000 Mk. von 1908 bis 1909 gewachsen. Die Gewerkschaften haben danach bewiesen, daß sie jederzeit bereit waren, der Gesellschaft mit gutem Beispiel selbst voranzugehen, daß sie nicht bloß Forderungen erhoben und nach öffentlicher Hilfe gefleht, sondern selbst ganz enorme Opfer gebracht haben. Seit 1903 bis 1909 haben unsere Gewerkschaften allein für Arbeitslosenunterstützung 35 1/2 Millionen Mark aufgewendet. Die Aufbringung der Lasten, wie sie einzelnen Gewerkschaften hier oblag — den Buchdruckern, Notensetzern, Bildhauern — übersteigt aber schließlich auch die Kräfte gut fundierter Gewerkschaften. Die öffentliche Förderung der Arbeitslosenunterstützung wird damit zur dringenden Notwendigkeit, nicht bloß, weil es der Pflicht des Gemeinwohls und der Billigkeit entspricht, diese Opfer die Arbeiter nicht allein tragen zu lassen, sondern auch um den Gewerkschaften die weitere Erhaltung und den weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung zu ermöglichen. Was haben Reich, Staat und Gemeinde bisher auf diesem Gebiet geleistet? Die Grundlage jeder Arbeitslosigkeitsreform ist eine dauernde Arbeitslosenstatistik. Das Reich hat nur ein einziges Mal eine umfassende Arbeitslosenzählung vorgenommen: es war dies bei der Berufszählung am 14. Juni 1895 mit Wiederholung bei der Volkszählung am 2. Dezember gleichen Jahres. Solche Lagezählungen haben nur einen vorübergehenden Wert. Was wir brauchen, sind ständige Arbeitslosigkeitsstatistiken, die fortlaufend über den Stand der Arbeitslosigkeit Auskunft geben. Eine solche nimmt das Reichsstatistische Amt seit 1903 mit Hilfe der Gewerkschaften auf. Leider erstrecken sich diese Zählungen nur auf diejenigen Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen. Die Statistik reicht deshalb zu einer zuverlässigen Feststellung auch nach ihrer vorgenommenen Vervollständigung nicht aus. Sie erstreckt sich auf 1 7 Millionen Mitglieder, während ungefähr 700 000 bis 800 000 organisierte Arbeiter außerhalb der Statistik bleiben, teils weil ihre Gewerkschaft keine Arbeitslosenunterstützung zahlt, wie das teilweise noch im Baugewerbe und in der Velleidungsindustrie der Fall ist, teils weil sie sich nicht an der Statistik beteiligt, was auch auf die ungeschlossenen Verbände der Bureauangestellten, Textilarbeiter, Zimmerer, Fleischer und Tabakarbeiter zutrifft. Die Statistik erfährt also noch nicht einmal die gesamte organisierte Arbeiterschaft. Völlig unberührt läßt sie das große Heer der Unorganisierten, der Landarbeiter, Dienstboten und Angestellten. Die Statistik bedarf also der Ergänzung durch die Frequenzziffer der öffentlichen und sonstigen Arbeitsnachweise und durch allgemeine Arbeitslosenzählungen, die am besten an bestimmten monatlichen oder vierteljährlichen Schichttagen mit Hilfe der Gewerkschaften durchgeführt werden. Dabei haben die Erfahrungen bei einzelnen kommunalen Arbeitslosenzählungen ergeben, daß es nicht genügt, öffentliche Meldestellen einzurichten, bei denen die Arbeitslosen sich melden oder ihre ausgefüllte Karte abliefern, sondern die Aufnahme muß von Haus zu

## Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtel.

(93. Fortsetzung.)  
Wenn seine Seele im vergangenen Winter, zwischen ahnungsvollem Anteil für eine kranke Frau und zwischen schwärmerischer Liebe für ein vorwurfsfreies Mädchen geteilt, einen höheren Schwung genommen, sich sozusagen der irdischen Sinnenwelt entzogen hatte, so kehrte sie jetzt, aus solchem seltsam bedrückenden Widerspruche befreit, zu ihren früheren weltlichen Anforderungen zurück, freute sich des jungen, kräftigen Körpers, den sie beherrschte, und strebte, von ihm getragen, behaglichem Dasein entgegen. Das alte Wort, daß einer schönen Seele am wohlsten sei in einem schönen Leibe, durfte an unserem Freunde seine ganze Wahrheit bewahren.

Wer ihn so rüstig daher wandeln sah, konnte ihn für einen Halbgoth halten.

Für etwas dergleichen schienen ihn denn auch die Weiber und Mädchen ansehen zu wollen, die ihn willkommen hießen, wenn er nach rüstiger Wanderung die Herberge suchte. Die freudlichsten Worte wurden von allen Gästen ihm gegönnt, das Beste ihm gebracht, das reinste Lager ihm bereitet. Schon regte sich wieder des Vagabunden Übermut in ihm, nur daß der Gedanke an eine schwere Stunde sich lastend darauf legte und ihn niederdrückte. Diese Stunde, wo er der Frau Gräfin seiner verstorbenen Mutter Brief in eigene Hände zu übergeben gelobt hatte, war der schwarze Fleck in seiner Wandertage Sonne; vor dieser Sonne fürchtete sich Anton. Doch die Furcht war ihm dienlich; sie hielt ihn in Maß und Gewicht; sie verließ ihm den milden Ernst, welcher einen jungen Mann so trefflich kleidet.

Daß er aber nicht ohne Abenteuer bleibe, daß der Gegenwart ein buntes Zeichen wildbewegter Vergangenheit nicht fehle, auch dafür sorgte das Schicksal.

Er hatte des eigentlichen Vaterlandes Grenzen bereits überschritten und berechnete schon mit bangem Vorgefühl den Tag, wo er die Stadt erreichen würde, die er sich auszuwählen, um, seiner Mutter Anweisung gemäß, die Kunst eines Schneiders in Anspruch zu nehmen, der ihn bekleide, wie er geziemend vor der Gräfin erscheinen sollte. Die Hauptstadt wollte er durchaus nicht berühren, aus Besorgnis, sich dort unnütz aufzuhalten und dadurch die gefürchtete schwere Stunde noch weiter hinauszuschieben, die ihm jetzt schon so schwarz drohte, daß er sie nicht rasch genug herbeiwünschen konnte, damit sie nur überstanden werde; — gut oder übel! Er ließ also das alte Br. mit seinen Türmen zur Seite und schlug einen Feldpfad ein, der ihn in gerader Linie auf die Straße brachte, die zu seinem Ziele führte. Es war gegen Abend, doch immer noch heller Tag. Ein Sonntag. Auf den Feldern lag festerliche Stille, nur von der Berche

Vesperlied belebt; kein Mensch zu sehen, so weit das Auge reichte. Anton spürte schon die weiche, wehmütige Stimmung über sich kommen, die gegen Abend sich bei so vielen Menschen anmeldet, und zwar, im Verkehre der Gesellschaft überschreitend, in ungehörter Einsamkeit desto mächtiger zu überwiegt. Sein Blick verfolgte eine hoch aufsteigende Lerche, so weit, daß sie ihm beinahe schon entwand, als er über ihr einen größeren Gegenstand im blauen Raume wahrnahm, den er für einen Raubvogel hielt. Doch zeigte die Lerche nichts von ängstlicher Besorgnis, wirbelte vielmehr ihrer, Hymnus mutig fort. Erst als sie fast vom Singen wankte, ließ sie sich zu ihrem Neste nieder. Der Gegenstand in der Höhe nahm immer zu an Umfang — das war kein Raubvogel... er senkte sich... seine Formen traten deutlicher hervor... Anton erkannte einen Luftball. Nach und nach sonderete sich das Schiff, welches dieser Ball trug, vor seinen Blicken deutlich ab... Fahnen flatterten... eine menschliche Gestalt bewegte die Fahnen... das Gesicht wurde kenntlich... es war ein Frauenzimmer!

„Eine Luftschifferin!“ rief er aus, „eine Luftschifferin, die aus der zweiten Residenz des Landes in die Wolken emporstieg und sich nun zu mir herabläßt; zu mir ganz allein. Denn so viel ich sehen kann, ist außer mir niemand zu sehen. Wie sie rasch sinkt! — Ja, das ist nicht anders; mit dem Steigen geht es nicht so geschwind. — Ich bin schon imtande, ihre Züge zu unterscheiden; — sie ist hübsch, — nun wirft sie einen Anker aus, — er greift nicht ein, — schnell ihr zu Hilfe!“

Anton hing sich an den herabgeworfenen Strick. Der Ballon machte Miene, sich noch einmal zu heben, trug auch die neu hinzugekommene Last wirklich ein paar Schritte über den Boden hin; doch Anton ließ nicht los, und bald hatte sich die letzte Spur von Widersehlichkeit verloren. Die Gondel wurde an einen Feldbirnbaum befestigt, die schöne Luftschifferin erreichte, über Antons Kopf, Schultern, Rücken kletternd, unverfehrt den Erdboden.

„Das war Hilfe in der Not!“ rief sie aus, „wäret Ihr, guter Freund, nicht herbeigekommen, wer weiß, ob der Wind mich nicht bis nach jenem Gehölz getrieben und mir den Ballon in den Baumzweigen beschädigt hätte. Nun aber setzt Eurem guten Werte die Krone auf und rennt nach dem nächsten Dorfe, mir einen Bauernwagen und einige Arbeitsleute herbeizurufen, damit wir vor Nacht ins reine kommen. Ich werde Euch für Eure Mühe anständig bezahlen.“

„Womit?“ fragte Anton.

„Womit? Die Frage klingt verzweifelt naiv; womit bezahlt man sonst, als mit Geld? Oder herrscht hierzulande ein anderer Brauch?“

„Es kommt darauf an, Madame, wen man bezahlt, und wer bezahlen soll.“

„Seht doch! Ihr Eure Redensarten gewaltig zu. Seid Ihr ein Schneider.“

„Ihr meint, weil ich mein Ränz! auf dem Buckel trage, müßte ich ein Handwerksbursche sein? Aber so gut ist's nicht mit mir bestellt. Ich bin nur ein Landstreicher von Profession und gegenwärtig ohne Gewerbe.“

„Und was für Länder habt Ihr neuerlich durchstrichen? Von wannen kommt Ihr? Wohin geht Ihr?“

„Nicht alle Leute sind so glücklich, auf derlei Fragen erwidern zu können: vom Himmel auf die Erde, wie eine gewürzte Dame. Ich muß gestehen, daß ich von Paris über Turin und Nizza geraden Weges hierher stiefelte, Euch an diesem Plage die Hand zu bieten.“

„So habt Ihr mich erwartet? Nicht übel. Ihr scheint besser unterrichtet vom Strom der Lüste als ich, die ihm Folge leisten muß. Sollte es mich doch nicht wundern, wenn Ihr mir einreden wolltet, wir wären alte Bekannte.“

„Und das sind wir in der Tat. Ich glaube Euren Namen zu kennen, — und Euch.“

„Leicht möglich. Ihr habt in irgend einem Nachtquartier ein Zeitungsblatt erwischt, welches meine heutige Luftfahrt verkündet.“

„Mit nichten. Davon habe ich nichts gehört, noch gelesen. Auch bin ich nicht imtande, Euch zu sagen, wie Euer jetziger Name lautet; denn ich sehe einen Trauring an Eurer Hand, und so vermute ich, daß Ihr nach Eurem Gatten heißt. Doch in der Laufe empfangt Ihr den Namen Kosalia, und nach Eurem Vater würdet Ihr Sanchez genannt. Wer Kosalia Sanchez einmal gesehen hat, wer von ihr angeblickt wurde, wie ich Unwürdiger, der kann sie unmöglich vergessen; der müßte sie wieder kennen, und wenn sie auf einem feurigen Drachen angeritten käme, mit einer Güte von allem, was die liebe Hölle an niedlichen Teufelchen besitzt.“

„Wenn's noch lange so fortgeht, holdseliger Landstreicher, bin ich geneigt, Dich selbst für einen Teufel zu halten. Das ist die originellste Entrevue, das sonderbarste Rendezvous, dessen ich mich aus meiner Praxis erinnere. Aber Deiner, mein Unerklärlicher, kann ich mich wahrhaftig nicht erinnern. Hätten wir uns näher gekannt, — ich will nicht nein sagen, denn ich bin meiner Sache nicht gewiß, — so wird sich das später finden; für jetzt wiederhole ich meine Bitte, der Tag geht zu Ende.“

„Ich eile zu gehorchen. Bald sehen Sie mich wieder mit Wagen, Pferden, Geln und anderen Menschen. Bewahren und bewachen Sie so lange, wenn ich auch eine Bitte wagen darf, die Last meiner Schultern. Dort rauchen Schornsteine; das halbe Meilchen ist bald zurückgelegt.“

Anton warf sein Felleisen zu Kosalias Füßen und stog querfeldein dem fernen Dörflein zu.

Haus durch zuverlässige Jagdmannschaften unter Traccontrollen aller zweifelhaften Angaben vorgenommen werden. Aus dem Umstande, daß innerhalb der verschiedenen Gewerkschaftseinstellungen die höchsten Arbeitslosigkeitsprozente auf die freien Gewerkschaften, die niedrigsten dagegen auf die christlichen und Hirsch-Dunckerschen entfallen, folgert Professor Tröltzsch-Warburg, daß sich dies aus dem Klassencharakter der freien Gewerkschaften erkläre; ihre Mitglieder seien, weil sie dem Unternehmertum feindlich gesinnt seien, häufig der Entlassung und Arbeitslosigkeit ausgelegt. Er schließt daraus, daß die Arbeitslosenversicherung viel zu viel in den Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter eingreife, als daß sie zum Gegenstand staatlicher Reform gemacht werden könne. Dieser Auffassung muß ich durchaus widersprechen. So irreführend die Zahlen sind, von denen sie ausgeht, so irrig sind ihre Schlussfolgerungen. Die Ziffern unserer Gewerkschaften sind nur genauer, während die Ziffern der anderen von Zufälligkeiten stärker beeinflusst sind. In ihnen kommt der wirkliche Stand der Arbeitslosigkeit am deutlichsten zum Ausdruck. Daher ist auch der Schluss verfehlt, daß die Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln auf eine öffentliche Unterstützung des Klassenkampfes hinausläufe. Gerade das Gegenteil davon ist richtig, nämlich, daß die Gewerkschaften trotz ihrer Klassenkampfsprogrisse seit Jahrzehnten in bereitwilligster Weise eine Aufgabe auf sich genommen und immensen Opfer dafür gebracht haben, die eigentlich eine Pflicht der Gesellschaft war, und daß es hohe Zeit für die Repräsentanten dieser Gesellschaft, für Reich, Staat und Gemeinde, ist, sich an diese ihre Pflicht zu erinnern und die Gewerkschaften durch Beihilfe zu entlasten. (Lebh. Zustimmung.)

An der zweiten Stelle der Arbeitslosigkeitsreformen steht die Arbeitsvermittlung. Sie kann zwar die vorhandene Arbeitslosigkeit nicht mehr, wohl aber kann sie durch systematische Sammlung und Verteilung von Angaben über offene Stellen und Arbeitsuchende einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeiführen. Der Austausch der Datenlisten von Ort zu Ort und die Zentralisation der Arbeitsvermittlung ermöglichen einen solchen Ausgleich für große Gebiete und selbst über die Grenzen des Reiches hinaus. Eine wirksame Arbeitsvermittlung muß daher zentralistisch geregelt sein und ein ganzes Netz von Arbeitsnachweisen umfassen. Die öffentliche Arbeitsvermittlung ist noch weit von diesem Stadium entfernt. Ihre reichsrechtliche Regelung ist auch in der nächsten Zeit noch nicht zu erwarten. Das Stellenvermittlungsgesetz von 1910 legt den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern nur die Konzessionspflicht auf und merzt ihre unzuverlässigsten Elemente aus. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung selbst wird aber nicht verboten, sondern wuchert unangestraft weiter. Wir fordern ihr Verbot und Errichtung öffentlicher paritätischer Nachweise in Stadt und Land. (Lebh. Zustimmung.) Die bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise sind meist kommunale oder gemeindlich unterstützte Einrichtungen, vereinzelt solche der Kreise und Regierungsbezirke. Ihre Zahl wird für 1908 auf 462 angegeben. 1908/09 vermittelten sie 913 971 Stellen, wogegen der Umfang der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung auf etwa 140 000 Stellen geschätzt wird. Über den Umfang der Tätigkeit der reinen Unternehmerarbeitsvermittlung ist es an zuverlässigen Angaben. Das statistische Amt ermittelte für 1908 145 Arbeitsvermittlungsstellen. Außerdem gab es 1904 noch 2410 Sanierungsarbeitsnachweise. Ein Teil davon hat sich neuerdings in reine Arbeitsvermittlungen umgewandelt, während ein anderer Teil zu paritätischen Facharbeitsnachweisen gestaltet wurde. Sicherlich ist die Zahl der Arbeitsvermittlungsstellen größer; ein erheblicher Teil ihrer Vermittlung beschränkt sich auf die Kontrolle der einzustellenden Arbeitskräfte, die von anderer Seite vermittelt wurden, aber nicht ohne Kontrollschein des Arbeitsnachweises eingestellt werden. Mit Recht nennen sie die Arbeiterkontrollbureaus. Sie sind zum Kampf gegen die Arbeiterorganisationen gegründet und werden als Kampfmittel unterhalten. (Zustim.) Aus dieser Auffassung heraus sind die größten Arbeitgeberverbände auch Gegner der öffentlichen Arbeitsnachweise sowie der paritätischen Facharbeitsnachweise. Sie wollen keine Parität, keinen Einfluß der Arbeiter auf den Arbeitsnachweis, sondern erklären, daß die Unternehmer über die Annahme und Entlassung von Arbeitskräften entscheiden müssen und daß deshalb der Nachweis den Arbeitgebern gehöre. Ihre Nachweise hätten die Aufgabe, ungeeignete Elemente aus den Betrieben fernzuhalten. Darunter will man nicht alle organisierten Arbeiter im allgemeinen verstehen — das wäre wohl auch niemals sehr durchzuführen. (Sehr richtig!) Wohl aber solche, die in den Betrieben agitieren, sowie Streiker, Wortführer in Versammlungen, Renitente und Kontraktbrüchige. Ferner hätten diese Nachweise die Aufgabe, in Streitfällen die nötigen Ersatzkräfte heranzuziehen. Die Erfahrungen der Arbeiter mit diesen Kontrollbureaus sind durchweg ungünstig. Der Industriellen-Nachweis von Mannheim-Ludwigshafen führte ein ausgebreitetes schwarzes

Arbeitsnetz, durch das selbst ordnungsmäßig ausgetretene Arbeiter geächtet wurden. (Hört, hört!) In Chemnitz werden Arbeiter ausgemerzt, die das 42. Jahr überschritten haben, also zu alt sind. Der Zechenverband im Ruhrrevier bekämpfte den Belegschaftswechsel mit schwarzen Listen, auf denen bald 5400 Mann standen, aber ohne Erfolg. Nach Angabe von Dr. Dominikus auf dem Arbeitsnachweis-Kongress zu Breslau besitzt der jetzige Zwangsarbeitsnachweis der Zechen eine tadellose Kartensregistratur mit über 580 000 Namen. Die Zahl der Kontraktbrüche ist aber nicht zurückgegangen. (Hört, hört!) Diese einseitige Monopolisierung des Arbeitsnachweises darf nicht geduldet werden. Wir halten unbedingt fest an der paritätischen Organisation. (Lebh. Zustimmung.) Auf dem Breslauer Arbeitsnachweis-Kongress haben mehrere Redner wie Dr. Kessler, Dr. Dominikus und auch Dr. Freund sich bemüht, die öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweise den Arbeitgebern dadurch schmählicher zu machen, daß man bei der Vermittlung nicht bloß den Arbeitern sage, ob in einem bestimmten Betriebe gestreift wird, sondern auch dem Arbeitgeber, ob der Zugewiesene ein Streiker ist. (Lebh. Hört, hört!) Das ist keine Neutralität mehr, sondern die Dienstbarhaftmachung der Nachweise für Unternehmerinteressen. (Sehr wahr!) Die Namhaftmachung zugewiesener Arbeiter als Streiker hieße nichts anderes, als den Arbeitgeberverbänden die Führung der schwarzen Listen ersparen und diese Funktion auf den Arbeitsnachweis zu übertragen. Das kann die Arbeiterschaft nicht mitmachen. (Sehr wahr!) Man hat die Frage aufgeworfen, ob es nicht angängig sei, auf Arbeiterseite auf die Bekanntgabe der Streiks der Betriebe zu verzichten, da die Gewerkschaften Mittel finden müßten, für diese Bekanntgabe zu sorgen. Darüber würde sich von Fall zu Fall vielleicht reden lassen, wenn der Anstoß der Arbeitgeber an die öffentliche Arbeitsvermittlung ernsthaft in Frage steht. Eine Position freiwillig ohne Gegenleistung zu räumen, haben unsere Gewerkschaften, die seit 1 1/2 Jahrzehnten die beste Stütze der öffentlichen Arbeitsnachweise sind, nicht nötig. Eine große Rolle spielt im Arbeitsnachweise die halbamtliche Feldarbeiterzentrale, deren vornehmster Zweck ist, den Grundbesitzern möglichst viele billige ausländische Arbeitskräfte zu verschaffen. Die Regierung hat diesem Nachweis das Monopol für Ausländervermittlung eingeräumt, ihn zur Kontrollstation für alle ausländischen Arbeiter gemacht und bestimmt, daß kein Ausländer zugelassen wird, der nicht die Legitimationskarte der Feldarbeiterzentrale hat, für die überdies 5 Mk. zu erlegen sind. Dabei werden Arbeiter aus Rußland und Galizien nur zur Feldarbeit zugelassen, und bis zum 1. Dezember müssen sie das Land wieder verlassen. Wer nicht im Besitze einer Legitimationskarte ist, seinen Vertrag nicht innehat, oder nicht in das frühere Arbeitsverhältnis zurückkehrt, wird über die heimatische Grenze zurückbefördert. Auf dem Breslauer Arbeitsnachweis-Kongress bezeichnete Prof. Stieba die Wirksamkeit der Feldarbeiterzentrale als verhängnisvoll und als eine schwere nationale und soziale Gefahr. Wir verurteilen das Treiben dieser Zentrale um so mehr, als sie neuerdings auch bestrebt ist, den industriellen Unternehmern bei Lohnkämpfen ausländische Arbeitskräfte zu verschaffen. Wir geben unseren wohl begründeten Anspruch auf den Arbeitsmarkt nicht auf und werden dieses wichtige Gebiet den Arbeitgebern zur Bekämpfung unserer Organisationen und zur Wehrlosmachung der Arbeiter nicht überlassen. Soll der Arbeitsnachweis durchaus ein Kampfmittel sein, dann werden auch wir den uns aufgezwungenen Kampf aufs neue aufnehmen und es wird sich zeigen, wer dabei den Kürzeren ziehen wird. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung verweist der Redner auf die außerordentlich reichhaltige und bedeutende Denkschrift der Generalkommission, die dem Kongress zugegangen ist. Wir haben in der Praxis fast nur mit dem System der Zuschüsse an die beruflichen Klassen zu rechnen. Kein anderes System hat sich bewährt, wie auch der französische Ministerpräsident A. D. Leon Bourgeois erklärte, das Genter System hat mit seinen Modifikationen einen Siegeszug durch ganz Europa angetreten. Für die Reichsarbeitslosenversicherung kann nur das einfache System der Zuschüsse an die Gewerkschaftskassen in Betracht kommen. Das Reich zeigt aber noch sehr wenig Neigung, Arbeitslosenversicherung einzuführen, der Übergang über die kommunale Versicherung gebietet daher vielmehr Aussichten. Nicht alles am Genter System findet unsere Zustimmung. Nur das System der Solidarität kann Abhilfe schaffen, nicht das die Arbeiter der Solidarität entfremdende System des Sparens. Städtische Zuwendungen an alle Arbeiter, wie in G'langen, ohne Nachweis eigener Fürsorge, müssen wir verwerfen, sie gleicht der Armenunterstützung. (Sehr richtig!) Unsere Genossen in den Gemeinderäten dürfen nicht ungeheures alles akzeptieren, was man den Unternehmern zuliebe vorschlägt, sonst kann es kommen wie in Mannheim, wo die städtische Einrichtung nach des Oberbürgermeisters eigenem Zugeständnis sich in den Dienst des Unternehmertums stellt. (Hört, hört!) Das haben wir denn doch nicht nötig. Lieber gar keine städtischen

Zuschüsse als solche unter Bedingungen, die nur die Entwicklung unserer Gewerkschaften erschweren. (Sehr wahr!) Wir haben der bürgerlichen Gesellschaft gezeigt, daß wir im Stande waren, eine Arbeitslosenfürsorge zu organisieren, die heute selbst von sozialpolitischen Fachkongressen als vorbildlich und grundlegend anerkannt wird. So sehr wir auch die Beitragspflicht von Reich, Staat und Gemeinde betonen, und so sehr wir auch ein Recht auf diese öffentlichen Zuschüsse haben, so wollen wir uns deshalb doch nicht die Grundlagen unserer Einrichtungen verderben und die Möglichkeit unserer weiteren Entwicklung erschweren lassen. Die Ihnen von Seiten der Generalkommission vorgelegte Resolution, die die Frage der Arbeitslosenfürsorge in großen Zügen behandelt, bitte ich möglichst einstimmig anzunehmen. Diese Entscheidung des Kongresses wird für unsere Genossen in den Gewerkschaften ein Appell sein, auch weiterhin für die Entwicklung und in einigen Verbänden für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu wirken, und für unsere Genossen in den öffentlichen Körperschaften sowie für unsere Vertreter in Stadt und Land eine Aufmunterung sein, auf diesem Gebiete weiter zu arbeiten, damit bei Eintritt der nächsten ungünstigen Wirtschaftperiode dem Glend der Arbeitslosigkeit wirksamer Einhalt getan werden kann, als dies in den letzten Jahren möglich war. (Lebh. Beifall.)

Die Resolution lautet: „Die Arbeitslosenfürsorge ist eine öffentliche Pflicht, die das ungefühte und tatkräftige Eingreifen von Reich, Staat und Gemeinde im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung erfordert.“

Eine umfassende Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich auf der Grundlage ständiger Einrichtungen der Arbeitslosenstatistik, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung und im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse.

Die Arbeitslosenstatistik ist dauernd mit Hilfe der Gewerkschaften aufzunehmen.

Die Arbeitsvermittlung ist durch das Verbot der privatgewerblichen Stellenvermittlung und durch Errichtung öffentlicher, gemeinnütziger und gebührenfreier Arbeitsnachweise unter paritätischer Leitung zu fördern. Bei Streiks und Aussperrungen ist jede Vermittlung von Arbeitskräften des besetzten Berufs an bestreikte oder aussperrende Arbeitgeber einzustellen. Den Gewerkschaften wird empfohlen, ihre Arbeitsnachweise als „Facharbeitsnachweise“ der öffentlichen Arbeitsvermittlung anzuschließen.

Die Arbeitslosenversicherung ist auf der bewährten Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung dergestalt zu organisieren, daß das Reich den Gewerkschaften einen Teil der für die Arbeitslosenfürsorge gemachten Aufwendungen zurückvergütet, ohne sie in ihrer freien Selbstverwaltung zu beeinträchtigen. Der Kongress empfiehlt erneut allen Gewerkschaften den Ausbau ihrer Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen.

In staatlichen und gemeindlichen Zuschüssen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge erkennt der Kongress einen geeigneten Weg zur Verallgemeinerung der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge im Sinne einer reichseinheitlichen Regelung.“

Die Diskussion beginnt.

Dittmer = Berlin (Gemeindearbeiter): Zum Heil und Badeweisen werden möglichst aus der Provinz billige Kräfte herangezogen. Die Ausführungsbestimmungen des Stellenvermittlungsgesetzes sind gut, wir sollten energisch auf ihre Befolgung sehen. Im Badeweisen wird das Gesetz umgangen durch die sogenannten Fachschulen, deren Ausbildung zumeist in Ausbeutung besteht. Auch Kräfte geben sich dazu her, nach einem so elenden vier- bis sechsmonatigen Kursus ein Befähigungszeugnis auszustellen. So entsteht Überproduktion, Überangebot, Trinkgelderumwesen mit allen Folgen. Die Städte müßten sich hiermit befassen, indem sie darauf sehen, daß die Angestellten nur von den öffentlichen, paritätischen Arbeitsnachweisen bezogen werden. Ähnlich liegt es auch in den Irrenanstalten, die für die sehr lange Arbeitszeit natürlich kein ideales Personal finden. Aber die Anstellungen entscheiden aber überall Militärärzten.

Dupont = Berlin (Bildhauer): Der Denkschrift wünsche ich weiteste Verbreitung und Ergänzung durch den nach ihrer Fertigstellung erschienenen Lloyd Georgeschen englischen Gesetzentwurf. Die heutige Resolution ist ein logisches Dinausgehen über die Stuttgarter Resolution. Die Notstandsarbeiten treffen das Übel gar nicht, sie sind für Gelegenheits-, nicht für Berufsarbeiter geeignet. Wir haben das Gewissen des Bürgertums stets so schärfen, damit das Übel durch die Kommunen gemildert wird. Städtetage, die sich mit Arbeitslosenunterstützung befassen, wie der kommende in Posen, verdienen unsere vollste Aufmerksamkeit. Die Angehörigen der 2 1/2 Millionen organisierten Arbeiter fordern die Arbeitslosenversicherung. Für das Vinsengericht einer kommunalen Unterstützung verkaufen wir aber unsere Grundsätze nicht. Der Weg vom jetzigen Zustand zur Reichsarbeitslosenversicherung ist der rechte. (Beifall.)

Bösch = Berlin (Gastwirtsgehilfe): Ich habe Bedenken gegen die Forderung der Resolution, daß die Arbeitsnachweise bei Streiks und Aussperrungen ihre Tätigkeit einstellen sollen. Früher hatten wir die Streiktafel bei den Arbeitsämtern. Sehr bald überzeugten wir uns, daß eine öffentliche Institution nicht so arbeiten kann, wenn wir Subventionierung durch die Stadt und Teilnahme des Unternehmertums an den Nachweisen wollen. Nehmen wir unsere Mittätigkeit am Arbeitsnachweis ab, so rücken die Hirsch-Dunckerschen und Christlichen an unsere Stelle. Ich glaube nicht, daß wir jetzt den Kampf um den Arbeitsnachweis mit Erfolg wieder aufnehmen könnten. In Breslau haben die Herren Dominikus und Kessler nur ihre eigenen Ansichten vertreten. Die Städte haben sich gar nicht festgelegt und schon gar in Süddeutschland wird man solchen Ratschlägen kaum folgen. Am besten wäre es, der Arbeitsnachweis teilt weder den Arbeitnehmern mit, wo gestreift wird, noch den Unternehmern, welche überwiesenen Streiker sind. Das ist die wahre Neutralität. Wir brauchen die Arbeitsnachweise nicht, um Streiks bekannt zu machen. In Dresden dürfte eine Staatsubvention für den Arbeitsnachweis sogleich gewährt werden, wenn diese Forderung fallen gelassen wird. Die nötige Gebührensfreiheit sollte dahin ausgelegt werden, daß Arbeiter, die freiwillig einen kleinen Beitrag leisten wollen, dies tun dürfen.

Neumann = Hamburg (Poliarbeiter): In den bereits in großer Zahl bestehenden paritätischen Arbeitsnachweisen für die Holzindustrie haben wir nicht nur fast allgemein die Gebührenfreiheit durchgesetzt, sondern auch eine Einigung über die Streiktafel in der Weise erreicht, daß die Vermittlungstätigkeit eingestellt wird, sobald Differenzen in einem Betriebe durch die Schlichtungskommission dem Arbeitsnachweis gemeldet werden. Wir haben entgegen dem Vorredner keine Veranlassung, diese Eigenschaften preiszugeben. Im allgemeinen zeigen die Unternehmer ein viel größeres Verständnis für die Bedeutung der Arbeitsnachweisfrage als die Arbeiter, und selbst einzelne Gewerkschaften sind in dieser Beziehung nicht immer auf dem Posten gewesen. In Hamburg führen gegenwärtig die Holzarbeiter einen bedeutungsvollen und opferreichen Kampf; bei dem die Arbeitsnachweisfrage im Vordergrund steht. Sobald diese für das Unternehmertum prinzipielle Frage zur Entscheidung stand, erschien der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona auf dem Plan und zwang unsere Arbeit-

Wie er auch seine Schritte fördern mochte, doch war die Dunkelheit schon hereingebrochen, bis er mit den nur mühsam aus der Schenke zu holenden Bauern angefahren kam. Kralie, die sich aus seinem Felleisen ein Koffchen gemacht, schloß ruhig unter dem alten Birnbaum, dessen Blüten wie Schnee im reinen Wind auf sie herabhäuften. Das Wiehern der lustigen Pferde, das Rauschen des Leiterwagens, das Geschrei, womit die stammenden Landleute den noch immer in der Luft schwebenden, wenn auch schon höchst abgemagerten Balkon begrüßten, erweckte sie nicht. Erst als Anton ihr einen herzlichen Kuß auf die im Schlafe lächelnden Lippen drückte, ermunterte sie sich. Ihre erste Tat nach dem Erwachen war diese, daß sie dem Küßenden eine derbe Ohrfeige gab; dann jagte sie freundlich: „Nun, Landstreicher, seid Ihr wieder da?“

Unter ihrer Leitung, indem sie tätig half, wurde der Luftball bei Sternenschein entleert, zusammengepackt, aufgeladen; die ganze Gesellschaft nahm auf Strohhindeln Platz; dann ging es guter Dinge dem Dorfwirtshaus entgegen, wo eine Schär müßiger Sonntagsgäster des ungewöhnlichen Besuchs harpte.

Sie warf das Geld mit vollen Händen aus, handelte nicht mit den Leuten, entließ alle, die ihr Beistand geleistet, zufrieden und dankbar.

„Wie steht es aber jetzt mit meinem Landstreicher?“ fragte sie; „in welcher Münze soll ich diesen befriedigen?“

„Ich habe Euch“, erwiderte Anton, „eine Probe des Münzfußes, der in meinen Staaten gilt, auf die Lippen geprägt; in dieser Gattung mögt Ihr weiter zahlen.“

„Nicht doch, mein Lieber; das wäre Falschmünzerei, und mein Gemahl —“

„O, der — ist nicht hier!“

„Freilich nicht. Und Euch die Wahrheit zu gestehen, ist er überhaupt nicht mehr vorhanden.“

„Ihr seid Witwe?“

„Seit einem Jahre. Mein armer Mann hat den Hals gebrochen, indem er aus derselben Gondel herabstürzte, die mich heute trug.“

„Und Ihr waart...“

„Trotzdem! Seid Ihr ein rechtshafter Bogabund, ein kaiserlicher Landstreicher, und wollt nach solchen Kleinigkeiten

fragen? Schweigen wir davon. Fahrt lieber in Euren Erzählungen fort, die Ihr auf dem Leiterwagen so heiter begonnen. Wir standen eben bei Laura, die Euch neidisch in die Seite rief, als ich Euch einige unschuldige Deißlaben kanzierte. Was ist aus dem schönen Weibe geworden? Habt Ihr Euch wiedergesehen?“

„Das sind lange Geschichten, reizende Rosalie; lange, langweilige, traurige Geschichten, zu denen diese Nacht nicht ausreichen dürfte. Und morgen müssen wir uns trennen; Ihr kehrt in die Hauptstadt zurück, — ich habe ein ernstes, schweres Geschäft zu bestellen, von dessen Erfolg meine ganze Zukunft abhängt. Dann hat der Spaß ein Ende. Laßt mich diese Stunden noch heiter verbringen; erzählt mir von Euch, von Euren Triumpfen, Liebchaften, Eurer Ehe; wie Ihr vom Seil in die Gondel gestiegen seid; wo Euer Vater, Eure Schwestern geblieben sind. Seht Eure Lippen in Bewegung. Diese müssen mich nun einmal bezahlen, und darfs nicht mit Küßen sein, laßt es mit Worten geschehen.“

Rosalie schwieg einige Minuten, während welcher sie Anton betrachtete. Dann hub sie in ernsthafterem Tone an:

„Ich weiß nicht, warum es mir unmöglich ist, die Verstellung, worin ich mich vor allen Menschen hülle, die ich auch Ihnen entgegenzutrag, jetzt länger fortzusetzen. Eine Empfindung eigener Art — weiß ich doch kaum, ob ich sie Mitleid nennen soll — drängt mich, gegen Sie aufrichtig zu sein. Vielleicht entspringt sie aus einer Ahnung, daß die Freivolität, die Sie zu zeigen erstreben, nicht minder erheuchelt ist als jene, mit welcher ich prahlte; daß auch Ihr Herz von heißen Schmerzen zerrissen ist, daß auch über Ihr junges Haupt Jammer, Not, Glend und Verzweiflung schon ihre glühenden Schalen ausgegossen haben, wie über das meine. Fort mit der Lüge! Fort mit erquälter Lustigkeit, mit frechen Wigen. Sehen Sie mich, wie ich bin, und wenn es Ihnen wehe tut, in einen solchen Abgrund des Grammes zu schauen, dann um so besser für Sie. Mir ist nicht mehr zu helfen. Ihnen kann ich vielleicht nützen, wäre es auch nur dadurch, daß mit meinem Unglück verglichen, das Ihre Ihnen wie Glück erscheinen wird.“

(Fortsetzung folgt.)

geber zum Widerstand; nach seinen Plänen und mit seinem Gelde wird von den Arbeitgebern der Kampf geführt. Es handelt sich für die Unternehmerorganisation um das Prinzip, den Arbeitsnachweis, wenn irgend möglich vollständig in die Gewalt zu bekommen. Selten ist ein so wichtiger Kampf von einer Arbeiterschaft mit gleicher Einmütigkeit geführt worden. Unsere Mitglieder sind bis auf den letzten Mann der Überzeugung, daß sie gerade aus dem Grunde, weil es sich um ein von den ärgsten Scharfmachern gestimmtes Prinzip handelt, in diesem Kampfe bis zum endgültigen Siege ausharren müssen. Sie glauben hierbei die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf ihrer Seite zu haben. (Lebh. Beifall.)

Trotzdem haben wir die Beobachtung machen müssen, daß in vielen Arbeiter- und Gewerkschaftskreisen eine geradezu unverständliche Einsichtslosigkeit über die wahren Ursachen dieses Kampfes besteht. Diese Einsichtslosigkeit hat auch zu Äußerungen geführt, die von den Kämpfenden nicht gerade angenehm empfunden werden. Wir denken nicht daran, uns davon beeinflussen zu lassen, aber es zeigt sich doch, daß auf diesen Gebieten noch sehr viel Aufklärung nötig ist. (Sehr richtig!)

Um den Plänen der Unternehmer wirksam zu begegnen und auch der Gesetzgebung vorzuarbeiten, müssen wir der Arbeitsnachweisfrage mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen und unsere Gleichberechtigung durchsetzen. In diesem Sinne führen unsere Hamburger Mitglieder jetzt ihren schweren Kampf, und sie denken, daß sie nicht die Einzigen und Letzten in diesem Ringen mit dem Scharfmachertum um den paritätischen Arbeitsnachweis sein werden. Die Sympathie des Gewerkschafts-Kongresses wird für uns ein neuer Ansporn sein, unsere ganze Kraft daran zu setzen, auch auf diesem Gebiet weitere Erfolge an unsere Fahnen zu heften. (Allseitiger Beifall.)

Kemmel-Mannheim (Brauerei) gibt gleichfalls dem Wunsch Ausdruck, daß die Arbeiter die Wichtigkeit der paritätischen Arbeitsnachweise immer mehr erkennen möchten. Die Ausführungen Bösch über Neutralität werden uns bei den künftigen Verhandlungen noch viel zu schaffen machen. Die Kollegen werden es nicht begreifen, daß ein Arbeitsnachweis Arbeitsgelegenheit vermittelt nach Orten, in denen sie im Kampfe liegen.

Sachs-Köln (Metallarbeiter) erläutert die neuen Statuten der Kölner Arbeitslosenversicherungskasse, da in der Denkschrift noch das alte Statut besprochen ist.

Cohen-Berlin (Metallarbeiter): Uns interessiert die Arbeitsnachweisfrage ganz besonders. Wir haben die meisten Unternehmernachweise, die nicht Arbeitsvermittlung als Hauptaufgabe betrachten, sondern die Kontrollbureau sind. Die Namen der Ausgemerzten werden auch den Behörden mitgeteilt und dann auch in den Staatsbetrieben nicht eingestrichelt. Das ist dokumentarisch nachgewiesen. Es trifft Hunderttausende. Auch wegen Verstoßens, wegen Wortwechsels mit Werkführern werden Arbeiter ausgemerzt, jede Prüfung der Berechtigung dieses Ausmerzens fehlt bei den Arbeitgebernachweisen. Und was für Fehler kommen da vor! Die Ausgemerzten wissen ja zunächst gar nicht, daß sie auf der schwarzen Liste stehen, wie sollen sie sich da beschweren? Ich kann die vielen Beispiele, die ich kenne, gar nicht anführen. Einem Portier des Berliner Nachweises verstand das Frühstück. Da der Entwerfer sich nicht meldete, wurden alle 82 im Nachweis anwendenden Arbeitslosen für 4 Monate auf die schwarze Liste gesetzt! (Lebh. Hört, hört!) In Mannheim wurden in wenigen Monaten 1400 Mann ausgemerzt! Das können unmöglich alles Fehler gewesen sein. Unbedingt müssen wir die Beseitigung der kontrolllosen Unternehmernachweise fordern. — In der Arbeitslosenversicherung steht Umbreit wohl zu rissig. Der Charlottenburger Entwurf zeigt, daß das Genter System keineswegs immer die Tendenz hat, die Selbstversicherung der Arbeiter zu fördern. Dort liegt eine entschieden gewerkschaftsfeindliche Tendenz in dem Entwurf. Eine Arbeitgeberorganisation mit 20 000 Beschäftigten hat eine gelbe Vereinigung mit einer Arbeitslosenliste errichtet, nach dem Entwurf treten bei solchen Gesamtversicherungen Kostenermäßigungen ein. (Hört, hört!) Da die Denkschrift den Zweck hat, als Material für die Genossen in den Kommunen zu dienen, möchte ich dringend raten, vorsichtig zu sein, auch der Denkschrift gegenüber, damit der Arbeiterschaft nicht Schädigungen entstehen. (Bravo!)

Rath-München: In der Denkschrift ist ein Irrtum über die Münchener Sache enthalten. — Sie wissen, daß, um nur irgend etwas zu erreichen, sehr häufig sehr bedenkliche Bestimmungen in den Statuten mit in den Kauf genommen werden. (Sehr richtig!) Bei der nächsten Krise wird das offenbar werden. Bisher hat man die Arbeitslosen entweder zu schlecht entlohnten und gesundheitschädigenden Notstandsarbeiten gestellt, nach denen die Leute schlechter dastehen, wie wenn sie ganz arbeitslos geblieben wären — z. B. Schneider zu schweren Erd- oder Wasserarbeiten — oder man verwies sie an die Armenunterstützung und machte sie politisch rechtlos. Die Gemeinden haben enorme Mittel für Empfang hinterindischer Potentaten, aber wie knauserig ist man, wenn 100 000 Mk. für Arbeitslosenunterstützung hergegeben werden sollen. (Sehr richtig!) Dazu kommt die Zersplitterung der Arbeiter. In Bayern erklärten die Zentrumsarbeiter, die Arbeitslosenversicherung sei Gemeindefache, in den Gemeinden erklärten sie sie zur Sache des Staates. Natürlich sagen da die Unternehmer, daß die Arbeiter die Sache selbst nicht wollen. Das Genter System hat nur die Tendenz: Zuschüsse an die Gewerkschaften oder an die nicht organisierten Sparer. Was die Städte sonst hineinbringen, gehört nicht zu dem System. Der organisierte Arbeiter entlastet die Gemeinden durch seine Opferwilligkeit. Der indifferente Arbeiter nimmt zwar von Staat und Gemeinde, will aber vorher nichts geben. Läte er es, so wäre er nicht mehr indifferenter. (Beifall.) Ich hoffe, daß wir nach den nächsten Gemeindevahlen in Bayern, wo wir sogar in einigen Städten die Mehrheit erlangen könnten, Ersprießliches werden leisten können.

Fietz-Charlottenburg (Porzellanarbeiter): Es ist mit Recht die Frage des Arbeitsnachweises bei der Diskussion in den Vordergrund geschoben worden, obwohl der Referent sie nur nebenbei behandelt.

Hahn-Hamburg (Transportarbeiter) bringt Mitteilungen vor, wie der Arbeitsnachweis der Unternehmer gegenüber den Fabrikarbeitern angewendet wird. Es erscheint notwendig, daß sich die Arbeiter mehr an den Arbeitsnachweis-Konferenzen beteiligen, auf denen die Unternehmer zwar ihre Ansichten gegen paritätische Nachweise vertreten, die Arbeiter aber fehlen.

Frl. War-Berlin (Hausangestellte): Auch ihr Verband habe über den Arbeitsnachweis, die Stellenvermittlung zu klagen. Infolge des Stellenvermittlergesetzes werden die Einrichtungen der Hausfrauenvereine und der christlichen Gewerkschaften von Gemeinden subventioniert und stark bevorzugt. Die gewerkschaftlichen Vermittler sind dadurch aber nicht ausgeschaltet, nur ihre Aufgabe werde erschwert.

Damit ist die Debatte beendet. Der Referent Genosse Umbreit geht im Schlußwort auf einige Einwände ein. Er ersucht, alle Entwürfe zu kommunalen Arbeitslosenunterstützungen abzulehnen, die Konzeptionen an die Arbeitgeber bringen. Die Resolution des Referenten wird einstimmig angenommen.

über den nächsten Punkt der Tagesordnung:

## „Die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben“

referiert der Redakteur des Organs des Handlungsgehilfenverbandes Paul Lange-Hamburg. Die Grundgedanken seiner Ausführungen sind: Die überwiegende Mehrheit der Privatangestellten ist im Handel und in der Industrie beschäftigt. Die Privatangestellten können nicht als eine in sich völlig gleichartige Masse angesehen werden, denn ihre Herkunft, ihre Vorbildung und ihre wirtschaftliche Lage sind ebenso verschieden wie ihre Funktionen im Wirtschaftsleben. Doch sind alle Kategorien der Privatangestellten im allgemeinen bestlos Proletarier. Sie werden nach übereinstimmenden Bekundungen der verschiedensten Privatangestelltenverbände zum großen Teil nicht besser, manchmal sogar noch schlechter entlohnt, als qualifizierte Arbeiter. Mit dem zahlenmäßigen Anwachsen der Privatangestellten ist auch innerhalb ihrer einzelnen Kategorien eine Unterscheidung eingetreten. Es hat sich in den Leitern der industriellen Werke, der Handels- und Verkehrsbetriebe eine Oberschicht herausgebildet, die auch den Angestellten im Betriebe gegenüber lediglich kapitalistische Interessen vertritt. Die ungünstige Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Privatangestellten liegt aber auch in dem Mangel gewerkschaftlicher Organisation. Mit der Arbeitsteilung in Kontor und Laden hat hier die Frauenarbeit stark zugenommen. Die eindringende Frauenarbeit verleitete die männlichen Angestellten zu dem nun fast überwundenen Kampfe gegen ihre weiblichen Berufsgenossen. Der Großbetrieb tritt im Handelsgewerbe neben den Warenhäusern, Filialgeschäften usw. außerdem auch in der Form der Konjunktionsgesellschaften auf. Es ist nach alledem erklärlich, daß die Privatangestellten bisher den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht hinreichend erkannt hatten. Der weitere Gang der Verhältnisse wird jedoch nicht ohne Einfluß auf sie bleiben können, ihnen vielmehr zeigen müssen, daß alles in allem ihre Interessen denen der Arbeiter gleichartig sind. Die Entwicklung hat bereits dazu geführt, daß die älteren Angestelltengruppen ihren früher hartnäckig vertretenen Standpunkt des wirtschaftlichen Liberalismus, der Staat dürfe nicht in die Regelung des Arbeitsvertrags eingreifen, längst aufgegeben haben. Sie fordern jetzt gleich den Arbeitern durchgreifende Schutzgesetze, und haben sich damit dem Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei genähert. Dem Versuche der Unternehmer, die Privatangestellten einerseits und die Arbeiter andererseits auseinanderzuhalten, um beide auszubeuten und zu beherrschen, muß durch rastlose Aufklärung begegnet werden. (Beifall.)

Der Referent legt folgende Resolution vor:

Die Industrialisierung Deutschlands und die gewaltige Konzentration der kapitalistischen Produktionskräfte haben neben der Industriearbeiterschaft ein gewaltiges, rapide wachsendes Heer von Privatangestellten entstehen lassen, zu dem insbesondere die Frauen einen erheblichen Prozentsatz stellen. Diese Entwicklung hat auch die soziale Stellung der Privatangestellten von Grund aus umgewandelt. Der Angestellte von heute ist nicht mehr der zukünftige Unternehmer, sondern ein zeitlebens auf den Verkauf seiner Arbeitskraft angewiesener Lohnarbeiter. Seine Stellung im Wirtschaftsleben unterscheidet sich von der des Arbeiters nur durch die Form, nicht durch das Prinzip der Ausbeutung. Die durch die Entwicklung der Technik ermöglichte Arbeitsteilung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses hat trotz der vorhandenen Differenzierung der sozialen Stellung den größten Teil der Angestellten zu Teilarbeitern werden lassen und damit nicht nur seine Selbstständigkeit innerhalb des Betriebes stark untergraben, sondern auch seine soziale Position schwer gefährdet.

Der persönlich abhängigen Stellung des Privatangestellten im Wirtschaftsleben entspricht in keiner Weise die Bezeichnung „neuer Mittelstand“, die allenfalls auf eine recht dünne Oberschicht zutrifft, zu der in der Hauptsache Angestellte in höheren, leitenden Stellungen mit kapitalistisch gerichteten Interessen gehören.

Hiernach bestehen zwischen Privatangestellten und Unternehmern die gleichen wirtschaftlichen und sozialen Interessengegensätze, wie sie bestimmend sind für das Verhältnis zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Das Bestreben des Unternehmertums geht — unterstützt von Regierung und bürgerlichen Parteien — dahin, die Privatangestellten an der Erkenntnis ihrer Klassenlage zu hindern. Zu diesem Zwecke wird den Angestellten eine Sonderstellung in der sozialen Gesetzgebung eingeräumt, soweit dadurch das Kapitalinteresse nicht ernstlich gefährdet wird. Die Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer verhindert jedoch für die Privatangestellten ebenso wie für die Arbeiter eine ernsthafteste und durchgreifende Sozialreform. An der immer schärfer werdenden Ausbeutung und Unterdrückung der Persönlichkeitsrechte der Angestellten wird auch durch die versprochenen sozialpolitischen Leistungen nichts geändert.

Jeder ernsthaften Regelung der Angestellten zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage wird von den Unternehmern mit der der Arbeiterschaft seit jeher bekannnten Selbstsucht und Rücksichtslosigkeit entgegengetreten.

Die Klassengegensätze zwischen Privatangestellten und Unternehmern bestehen, aber sie sind erst von einem Teile der Angestellten erkannt worden. Breite Schichten der Angestellten befinden sich noch immer in den Banden der kleinbürgerlichen Ideologie. Die Umwertung ihrer Stellung hat sich mit einer solchen Schnelligkeit vollzogen, daß sie sich noch immer in dem Vorstellungskreise bewegen, der der früheren sozialen Struktur der Privatangestellten-schichten entsprach. Infolgedessen mangelt es den Angestellten an genügend starken gewerkschaftlichen Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Infolgedessen sind die Arbeitsbedingungen dreier Schichten der Angestellten, vornehmlich die Entlohnung, zurückgeblieben und stehen zu einem erheblichen Teil unter der Lebenshaltung der Industriearbeiterschaft, die sie durch ihre Gewerkschaften errungen hat. Die vage Möglichkeit, in eine wirtschaftlich und gesellschaftlich bevorzugtere Stellung zu gelangen, bietet keinen Ersatz für die verlorengegangene Aussicht auf wirtschaftliche Selbstständigkeit. Die von dem Unternehmertum künstlich genährte Hoffnung darauf ist nur ein Hemmschuh für ernsthafteste gewerkschaftliche Betätigung. Nur durch Gewerkschaftsorganisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, kann der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung in jeder Form geführt werden.

Der achte deutsche Gewerkschaftskongress ruft deshalb die Privatangestellten auf, sich durch die von der Regierung und den bürgerlichen Parteien versuchten Mittel der Täuschung und die von dem Unternehmertum versuchten Mittel der Einschüchterung nicht von dem Anschluß an die moderne Gewerkschaftsbewegung abdrängen zu lassen. Er betont, daß die aus betriebstechnischen Gründen vielfach vorhandene Überordnung der Angestellten über die Arbeiter weder die Gemeinsamkeit ihrer Interessen verschleiern, noch die Betätigung der Solidarität zwischen Angestellten und Arbeitern hindern darf. Die durch diese Überordnung heute vielfach entstehenden Reibungsflächen sind nur ein Auswuchs der kapitalistischen Be-

triebsform, der beseitigt werden kann durch den aus diesen Gründen um so notwendiger werdenden einheitlichen Kampf der Arbeiter und Angestellten.

Arbeiter und Angestellte gehören in eine gemeinsame Kampffront. Den vereinten Kräften umfassender Organisationen der Angestellten und Arbeiter wird es gelingen, die Macht des Kapitals zu brechen und den endgültigen Sieg der Arbeit über das Kapital vorbereiten zu helfen.

In der Debatte ergreift zunächst Gabel-Berlin (Bureauangestellte) das Wort. Die Lage der Privatangestellten sei die gleiche, wie die der Arbeiter; sie würden in derselben Weise ausgebeutet. Was die Arbeiterschaft unter schwarzen Listen zu erdulden habe, müßten die Privatangestellten durch die persönliche Auskunftserteilung erleiden. In rücksichtsloser Weise gehe das Unternehmertum gegen die Privatangestellten vor. Es müsse eine einheitliche Kampffront der Privatangestellten gegen das Unternehmertum gebildet werden.

Ullrich-Dresden (Handlungsgehilfe) wendet sich gegen die Gründung einer besonderen Abteilung für das kaufmännische Fabrikpersonal durch den Bund technisch-industrieller Beamten.

Lehmann-Berlin (Bureauangestellte) gibt, wie die Vorredner, ebenfalls Schilderungen der Verhältnisse der Privatangestellten.

Reichstagsabg. Schmidt-Berlin (Generalkommission) betont, es sei eine Verkennung der wirklichen Verhältnisse, wenn in der Schicht der Privatangestellten eine neue aufstrebende Mittelschicht erblickt werde. Die Privatangestellten sind eine Klasse der Lohnarbeiter, vielleicht der besser qualifizierten Arbeiter. Sie sind hineingeschoben zwischen einfachen Lohnarbeitern und Unternehmern, sie nehmen aber die Abhängigkeit eines Lohnarbeiters ein; sie müssen ihre Arbeitskraft genau so verkaufen, wie die Lohnarbeiter. Die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wird auch bei den Privatangestellten zertrümmert. Einzelne Organisationen der Privatangestellten, wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, gehen ja einen eigenen Weg. Dieser Verband zeigt einen Mangel an solidarischem Empfinden. Sie wollen artige Kinder sein, um dann auf sozialpolitischem Gebiet ein Geschenk für ihren Verrat zu bekommen. Die Vorlage für eine Versicherung für Privatangestellte zeigt, daß alle Wünsche der Privatangestellten unter den Tisch gefallen sind. Ich bin überzeugt, die Entwicklung wird die Privatangestellten zur Einsicht bringen, daß auch für sie eine Anlehnung an die Arbeiterbewegung nötig ist, wenn sie ihre Aufgaben voll erfüllen wollen. (Beifall.)

Die Debatte ist damit beendet. Die Resolution des Referenten findet einstimmige Annahme. Da die Zeit schon weit vorgeschritten ist, wird jetzt nicht mehr das eigentlich nur zur Beratung stehende Referat Sassenbachs über Bildungsfragen entgegengenommen, sondern die sonstigen Anträge erledigt.

Ein Reihe dieser Anträge werden zurückgezogen, die große Mehrheit der übrigen nicht genügend unterstützt. Dies geschieht widersprüchlich einem Antrag der Gemeindearbeiter, daß die Hamburger Resolution über die Grenzstreitigkeiten aufgehoben werde.

Annahme findet ohne Debatte ein Antrag — der allerdings nichts Neues sagt —, wonach die Branchenverbände aufgefordert werden, sich zu leistungsfähigen Industrieverbänden zu vereinigen oder sich an solche anzuschließen.

Mit 141 gegen 117 Stimmen wird ebenfalls ohne Debatte ein Antrag des Gewerkschaftsartikels Verden abgelehnt, der die Generalkommission beauftragt haben will, Verhandlungen einzuleiten zur Verschmelzung aller in der Nahrungs- und Genussmittelbranche bestehenden Verbände zu einem einzigen großen Zentralverbande.

Die Verhandlungen werden nun auf Sonnabend vertagt.

## Aus der Partei.

**Bestrafte Hochrufe.** Vor sechs Wochen fand im Anschluß an eine Verlammlung in Braunschweig eine kleine Straßendemonstration statt, bei der auch Hochrufe auf das Wahrecht ausgebracht wurden. Die Polizei griff drei junge Leute aus der Masse heraus und schickte jedem einen Strafbefehl über drei Tage Haft. Auf beantragte richterliche Entscheidung setzte das Gericht die Strafe auf je 15 Mk. herab, obwohl ein schlüssiger Beweis, daß die jungen Leute die Hochrufer waren, nicht zu erbringen war. In der Urteilsbegründung heißt es: „Daß es geschicklich schon zur Bestrafung genüge, wenn man den vorhandenen Lärm vermehre, ohne dessen Urheber zu sein.“

**Rechtprozess.** Wegen Beleidigung der Direktion der Leipziger Straßenbahn wurden die Genossen Perre und Keimling von der „Leipziger Volkszeitung“, sowie der Vertrauensmann der Transportarbeiter in Leipzig zu je 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde in zwei von der Zahlstelle Leipzig des Transportarbeiterverbands aus Anlaß einer Straßensahnerbewegung in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichten Artikeln gefunden.

## Soziales.

**Sozialpolitische Müdigkeit des Bürgertums.** In Dresden tagte die erste deutsche Kinderhortkonferenz, die sich mit der Frage beschäftigte, inwieweit sich eine Verstaatlichung oder Verstaatlichung der Horter empfehle. Der Referent, Professor Dr. Reinhardt-Frankfurt a. M., hielt eine solche Zuführung der Kinderhorte an die staatliche oder städtische Verwaltung für wünschenswert, glaubt aber nicht an eine Durchführung, da sich eine starke sozialpolitische Müdigkeit geltend mache. In einer langen umfangreichen Diskussion, an der sich Lehrer, Lehrerinnen, Sozialpolitiker, Pastoren und Angehörige bürgerlicher Berufe beteiligten, spiegelte sich diese sozialpolitische Müdigkeit teilweise recht drastisch wieder. Die Verwendung staatlicher oder kommunaler Mittel hielt jeder Redner für notwendig, aber fast alle zweifelten auch daran, daß solche Mittel in nennenswerter Höhe zu erlangen seien. Andere fürchteten wieder die unheilvolle Wirkung der Bürokratie, wenn diese erst einmal Einfluß auf die Kinderhorte gewänne. Schließlich einigte sich die Konferenz auf die nachstehenden Leitsätze: 1. Der Betrieb der Kinderhorte durch Vereine hat sich, wo genügende Mittel vorhanden sind, durchaus bewährt und ist auch für die Zukunft der vollen Übernahme in staatliche oder städtische Verwaltung vorzuziehen. 2. Die Interessen des Staates und der Gemeinde an der Tätigkeit der Kinderhorte ist aber so groß, daß der Hortarbeit eine viel reichlichere Unterstützung aus staatlichen und städtischen Mitteln zuteil werden sollte. Insbesondere ist es wünschenswert, daß die Gemeindeverwaltungen geeignete Räumlichkeiten für die Hortarbeit zur Verfügung stellen. 3. Eine weitere Ausdehnung der Kinderhorte, besonders in den Großstädten, scheint dringend geboten. 4. Die Eltern sind, wenn es möglich ist, zur Leistung von Beiträgen für die Kosten der Kinderhorte heranzuziehen. 5. Die Vereine für Kinderhorte sollten durch Zusammenschluß ihre Leistungsfähigkeit erhöhen.

# Aus dem Gerichtssaal.

**Zwei Todesurteile.** Das Schwurgericht in Eisenach verurteilte den 23 Jahre alten Raubmörder Handarbeiter Karl Hopf aus Schwarzwald (Thüringen) wegen Tötung der Hebamme Pflügerin in Schwarzwald und der Frau des Zimmermeisters Wöhrder in Ohrdruf, die er belte mit der Axt erschlug, ferner wegen Einbruchsdiebstahls und gefährlicher Körperverletzung zweimal zum Tode und zu 14 Jahren Zuchthaus. — Das Schwurgericht in Weuthen hat den Maler Stroinski, der am 10. Mai aus Eiferhüt seine Frau ermordet hat, zum Tode verurteilt.

**Ein Mordverurteiler.** Von der Heidelberger Strafkammer wurde der Polizeiwachtmeister Karl Mayer wegen Mordtatsache an drei seiner Kinder zu neun Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

# Aus Nah und Fern.

**Schießende Hingebred.** Die Norddeutsche Zellstofffabrik in Königsberg, deren Arbeiter streiken, ließ sich einige Hundert Hingebred aus Hamburg kommen, die indessen von solcher Qualität waren, daß selbst die Polizei einschreiten mußte. Die mit Revolvern ausgerüsteten Streikbrecher veranstalteten wiederholt Waffenschießereien und beschoßten Passanten mit Messern. Hundert wurden deshalb teilweise abgeschossen, 22 verhaftet. Noch auf dem Bahnhof gab es ein förmlich Schnellfeuer, sodaß auch da noch eine Anzahl von diesen „nützlichen Elementen“ in Haft genommen werden mußten.

**Eisenbahnunglück.** Aus Wittenberge wird gemeldet: Gestern vormittag 11 Uhr ist eine mit Personen besetzte Rangierabteilung des Magdeburger Zuges bei der Überführung auf das Hamburger Gleis mit einer Maschine zusammengestoßen. 10 Personen wurden leicht verletzt. Der Materialschaden ist unbedeutend.

**Doppelraubmord in der Neumark.** In dem neunmännlichen Dörfchen Sellin bei Wilmshagen ist das Ehepaar Spremberg, das ein einjames Geschäft bewohnte, ermordet worden. Es liegt Raubmord vor.

**Schweres Grubenunglück.** Auf dem Richtigenschiecht bei Weuthen in Obersachsen wurden durch eine Explosion drei Bergarbeiter getötet, sieben schwer und zwölf leicht verletzt.

**Auf der Hochzeitsreise ertrunken.** Bei einer Segelfahrt auf dem Müritzer See bei Prenzlau ertranken, wie aus Landsberg a. d. Warthe gemeldet wird, die Eheleute Decht aus Callies. Beide haben erst vor kurzem geheiratet und befanden sich auf der Hochzeitsreise.

**Felix Mottl †.** Der bekannte Hofoperndirektor Felix Mottl ist gestern nachmittag um 4 1/2 Uhr im Alter von 56 Jahren in München gestorben. Sein Befinden war seit Freitag scheinbar befriedigend geworden. Der Kranke lag wie gewöhnlich im Bett, da er das Liegen im Bett vermelden mußte. Sein Zustand war so gut, daß der Arzt seiner Frau gestern nachmittag zum ersten Mal einen Ausgang erlauben konnte. So war sie nicht zugegen, als der Tod ihres Mannes eintrat. Um 4 Uhr 25 Min. stellte sich ein neuer Anfall ein. Mottl wurde sofort bewußtlos und starb nach 5 Minuten. Der sofort herbeigerufene Professor Eitmann konnte nur noch den Tod feststellen.

**Einfallstaschensache in Klein.** In der Lomowstraße kürzte ein bedeutender Teil eines fünfstöckigen Neubaus ein. Eine große Zahl Arbeiter wurden verletzt. Die Feuerwehre förderte 25 zutage, darunter vier Tote und zehn Schwerverletzte. Die Rettungsarbeiten dauern fort. — Unter den Trümmern des eingestürzten Neubaus sind noch zwei Tote und drei Schwerverletzte hervorgezogen worden. Der Besitzer des Hauses ist verhaftet worden.

**Explosion in einer Pulverfabrik.** Nach einem Telegramm aus Jugoslawien explodierte in der dortigen Pulverfabrik aus noch nicht festgestellter Ursache eine Nitrozellulose. Ein Arbeiter wurde getötet, ein anderer wurde schwer verletzt. Das Gebäude ist erheblich beschädigt. Der Dachstuhl und der Fußboden sind zerstört.

**Wettersturz auf dem Balkan.** Wie aus Sofia berichtet wird, ist in vielen Gegenden des Balkans ein harter Wettersturz eingetreten, der heftige Stürme und Wellenbrüche und mehrfach Überschwemmungen verursacht hat.

**Erbeben in Messina.** Messina wurde durch ein heftiges vulkanisches Erdbeben überrascht, dem gewaltiges unterirdisches Getöse vorherging. Das Erdbeben dauerte nur wenige Sekunden und verursachte keinen größeren Schaden.

**Überfall auf einen Eisenbahnzug in Amerika.** In der Nähe des Ortes in Pennsylvania wurde in der Nacht zum Sonnabend ein Eisenbahnzug von zwölf maskierten Banditen überfallen. Drei Mann von dem Zugpersonal wurden schwer verwundet. Die Beute aus dem Güterwagen, der vollkommen ausgeraubt wurde, stellt einen sehr beträchtlichen Wert dar, ist jedoch noch nicht genau festgestellt. Die Räuber hatten auf Telegraphenstangen und Schienenstößen eine Barrikade errichtet. Sie zwangen gegen zehn Uhr abends den heranrückenden Zug zum Anhalten und begannen sofort ein heftiges Feuer auf die Zugmannschaft und auf die Passagiere. Ein mutiger Handlungskreisler stürzte sich auf einen der Räuber. Er wurde übermächtig und einen hundert Meter hohen Damm hinabgestürzt. Man fand ihn später schwer verwundet wieder. Der Passagiere bemächtigte sich eine ungeheure Beute. Die Räuberbande zwang unter fortwährendem Feuer alle Passagiere in die Wagen zurück. Mit ihrer Beute flohen die Räuber dann in die Wälder. Nach Ankunft des Zuges auf der nächsten Station wurde die Verfolgung der Räuber sofort aufgenommen.

# Sozialdemokrat ist nicht

der, welcher am Bierisch rätsoniert, sonst aber nichts tut, sondern

# Sozialdemokrat ist nur

wer für die Arbeitersache täglich mitarbeitet, seiner Organisation angehört, vor allem aber auch

# das Parteiblatt liest.

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu abonnieren, er wirkt täglich, stündlich auch noch für dessen weitere Verbreitung. Er wirbt und agitiert unablässig für den

# „Lübecker Volksboten“.

# Allerlei Wissenswertes.

## Der Goldstrom aus Amerika.

Aus New York wird berichtet: Auf 336 Millionen Dollar, also gegen 1 1/2 Milliarden Mark wird in einer soeben veröffentlichten Aufstellung die Summe geschätzt, die alljährlich aus den Vereinigten Staaten nach dem Auslande abfließt. Auf Grund von Poststatistiken, sowie von Angaben von Banken und Beamten von Dampfschiffgesellschaften wird berechnet, daß etwa 200 Millionen Dollar nach dem Auslande verschickt und 136 Millionen Dollar nach dem Auslande mitgenommen werden. Dieser amerikanische Goldstrom übertrifft bei weitem den Gesamtbezug von Gold und Silber, der jährlich in den Vereinigten Staaten gemünzt wird. Er ist auch größer als die gesamten Einnahmen und mehr

als zweimal so groß wie die gesamte Gold- und Silberproduktion des Landes, die sich im Jahre 1910 auf 127 Millionen Dollar belief. Diese beständige Auswanderung des Geldes aus den Vereinigten Staaten ist im Kongreß auch schon eingehend erörtert worden, und man hat die verschiedensten Heilmittel für diesen „ungeheuren Verlust des Landes an produktivem Kapital“ vorgeschlagen. Von den statischen Geldsummen, die von Einwanderern an ihre in der Heimat zurückgebliebenen Verwandten gesandt werden, kommt so gut wie nichts in das Land zurück. Es wird im Auslande verbraucht und findet so seinen Weg in den Handel und in die fremden Länder, für deren Entwicklung es auf diese Weise einen bedeutenden Faktor darstellt.

## Schiffsnachrichten.

### Schiffsbewegungen.

D. Hansa ist Sonntag früh von Lübau auf hier abgegangen.  
D. Rußland ist Sonnabend abend von Petersburg auf hier abgegangen.  
D. Buffard ist Sonnabend nachmittag von hier in Kronstadt angekommen.  
D. Anneliese ist gestern nachmittag von Willau auf hier abgegangen.  
D. Kurik ist Sonnabend abend von Odearshamm auf hier abgegangen.

## Handels- und Marktnachrichten.

### Lübecker Marktpreise vom 1. Juli.

Bauern-Butter Pfd. — 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,80 Mk., Käse — Mk., Enten 0,00—0,00 Mk., Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 1—1,30 Mk., Tauben Stück 0,55—0,70 Pf., Gänse Stück —, —, —, Fische 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinshopf Pfd. 50—55 Pf., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 8 Stück 60 Pf., Karpfen St. — Pf., Dorsche genüg., Salmwasserfische genüg., Karpfen — 0,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schlei Pfd. 1,20—1,40 Mk., Brachsen — Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 60—70 Pf., Aal Pfd. 0,80—1,00 Mk., Karasische Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl v. Kopf 0,30—0,40 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Nessel verschiedene pr. 100 Pfd. —, —, —, Kaffee pr. 100 Pfd. 1,00—1,50 Pf., Mand Pfd. — Pf.

### Getreidepreise.

Weizen, 125—130 Pfd. holl. 190—198 Mk., Roggen 116—122 Pfd., holl. 160—168, Gerste, nach Qualität 160—170 Mk., Hafer, nach Qualität, 165—175 Mk. hoch, fein über Notiz, per 1000 Kilo.

**Samburger Sternhans-Biehmarkt vom 1. Juli.**  
Auftrieb 1250 Schweine. Markt langsam geräumt. Überland — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenliegender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 52,— (— bis 41,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 52,— (— bis 41,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 52,00 bis 52,50 (40,50 bis 41,00) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 52,00 bis 52,50 (40,50 bis 41,00) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 51,00 (38,00 bis 39,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 43,— bis 50,— (39,00 bis 40,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 44,— bis 46,— (34,50 bis 36,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.  
Verleger: Th. Schwan. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

**Beim Einkauf von Margarine**  
verlange man ausdrücklich die  
erstklassigen Margarinemarken  
der  
**Firma A. L. Mohr**  
G. m. b. H., Altona — Bahnenfeld.  
Überall erhältlich!

**Arb.- u. Berufs-Kl.**  
J. H. Fein, am Markt 2  
Richard Karst, Entin.  
Richard Wagner, Reinfeld.  
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

**Art. z. Krankenpf.**  
Königstr. 38  
**F. W. Heyde,**

**Betten, Bettfedern**  
Richard Wagner, Reinfeld.

**Brauereien**  
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.  
Kieker Schloßbräu, H. A. Wulff Untertrave 96. Fernspr. 1274.

**Lübecker Hansa-Bier**  
Lübecker Vereinsbräu  
F. Weiermiller, Schwartauer Allee No. 3b.  
Franz Langloß, Eimerb. u. Meyenborg, Warendorpsstr. 14/15a.  
L. Wollbrandt, Rosegarten 10.

**Dampfwasch-, Plättanst.**  
Groß-Dampfwascherei „Vorwerk“  
Wäsche-Verleih-Institut, T. 1623.  
Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche.  
W. Röper, Friedensstr. 60.  
Hansa, Fernruf: 2274.  
W. Krüger, Waschanstalt, Peterstr. 1a.

**Drogerien**  
W. Hohenschild, Marist. 42c. T. 736.  
Ang. Prösch, Mühlenstr. 38.

**Fahrräder, Nähmasch.**  
H. Benthien, Fackeng. Allee 53.  
Deutsches Nähmaschinen-Haus  
**Gustav Rath,**  
Frister & Robmann — Nähmasch.  
Franz Busse, Wahnstr. 42.  
Riek Israel, Alst. 31.  
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.  
St. Gertrud-Fahrradhaus, Joh. Meier, Arminstr. 12a.  
Erstklass. Räder u. Nähmaschinen, billig.  
Joos Meyer, Königstr. 51.  
Carl Petersen, Malente, Bahnhofsstr. 28.  
Schwartau, Lübb.-St. H. Kröner, 71. Rep. Sämtl. Ersatz.

**Friseure, Parfüm.**  
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

**Galant-, Spielwar.**  
C. Bliessath Wwe. Sandstr. 9.

**Handels-Lehranst.**  
Privat-Handels-Institut  
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

**Kurz-Weiss-Wollw.**  
O. Sinnenwald, Lindenstr. 39  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

**Manufakturwaren**  
Johann Dittmer, Drögest. 12a.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.  
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.  
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.  
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

**Möbelmagazine**  
Hintze & Stech, Möbel-Fabrik, Möising, Allee 60.  
Detail-Verkauf in der Fabrik.  
M. Jansen, 47.  
J. Pamperin, St. Annenstr. 20.  
Wohnungseinrichtg. z. billigen Pr.

**Molkereiprodukte**  
Hansa-Meierei ist die  
Ame Lübeck'sche Meierei  
in Milchprodukten aller Art

**Schreibwaren**  
Aug. Barmester, Lübeck, Fackeng. Allee 46  
M. Maxeln Wwe., Moising, Allee 40a  
Mühlenbrücke 2a.  
Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken

**Schuhwaren**  
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.  
Rudolph Karstadt, Entin.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.  
Richard Wagner, Reinfeld.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

**Farben u. Lacke**  
J. Becker, Domestr. 29.  
W. Hohenschild, Marist. 42c. P. 736.  
Ferd. Kayser, Breitest. 81.  
Ang. Prösch, Mühlenstr. 38.

**Frisen- u. Knab.-Gard.**  
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.  
Rudolph Karstadt, Entin.

**Hüte und Mützen**  
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.  
Ang. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

**Kino-Salon**  
Biophon-Theater  
Breitest. 52. Vornehmstes am Platz.  
Vollerdetzte Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

**Kolonial-, Fettwar.**  
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.  
Johs. Brede, Dankwartsgr. 37.  
Reinr. Büsen, Arminstr. 1a.  
Heinr. Franck, Wahnstr. 67.  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 3.  
Carl Ludw. Hübner, Marist. 44.  
D. Lereh, Lg. Lohberg 37.  
Heinr. Lohse, Johannistr. 65.  
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.  
H. Schmitt, Augustenstr. 14/15a.  
F. Seemann, Hüst. 3.  
F. Volkstaedt, Ecke Fünfh. 33.  
H. Lettow, Entin, Weidestr. 4.  
Louis Rathmann, Schwartau.  
J. U. Krüger, Travemünde.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!